

Hessen sozial

DIE LINKE.

Für soziale Gerechtigkeit in Hessen:
Menschen vor Profite!
Programm zur Landtagswahl
am 18. Januar 2009

Inhalt

Präambel 7

- Schließt das Casino – Arbeitsplätze retten!
- SPD und Grüne sind keine Alternative
- DIE LINKE. Hessen – das soziale Gegengewicht
- Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen

I. Für ein hessisches Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« 15

- Nachhaltige Investitionen für 25 000 zusätzliche Arbeitsplätze
- Lohndumping verhindern – Mindestlohn statt Armutslohn
- Arbeitszeit verkürzen und tarifliche Standards einhalten
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs
- HessenCard
- Lehrstellen und zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen
- Nachhaltiges Landesvergabegesetz

II. Für eine Sozialpolitik, die die Menschen schützt 18

- Unterstützung von Erwerbslosen
- Bezahlbarer Wohnraum für alle
- Mieterschutz verbessern
- Gesundheit darf keine Ware sein
- Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen
- Gewalt gegen Frauen stoppen
- Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen
- Würdiges Leben im Alter
- Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen
- Drogenpolitik
- Stabile und niedrigere Preise für Gas und Strom

III. Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und ausbauen 25

- Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger
- Kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen
- Keine Projekte in Public-Private-Partnership (PPP)
- Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen
- Keine Privatisierung der Deutschen Bahn
- Ausverkauf der Telekom stoppen – Privatisierung rückgängig machen
- Stopp der Wirtschaftskriminalität
- Für eine Verkürzung der Ladenöffnungszeiten
- Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang
- Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Verhinderung von Medienkonzentration
- Demokratisierung digitaler Kommunikation
- Stärkung von Medienkompetenz
- Kultur für alle

IV. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle 31

- Ein Anrecht auf kostenlose Krabbelstuben-, Kita- und Kindergartenplätze
- Bildung von Anfang an
- Für eine Schule für alle – Gemeinschaftsschule
- Für eine neue Schulstruktur in Bildungswegen und Abschlüssen
- Alle Schulen sollen als Ganztagschulen eingerichtet werden.

- Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule – Inhaltliche Ansprüche und Gestaltung
- Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?
- Demokratische Prinzipien der Arbeit in der Gemeinschaftsschule
- Die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung verändern
- Bildungschancen für alle, auch aus Familien mit Einwanderungsgeschichte
- Pädagogen bilden, motivieren, anerkennen
- Berufliche Bildung verbessern
- Studiengebühren dauerhaft verhindern – die Rechte der Studierenden wahren
- Lebenslanges Lernen möglich machen

V. Klima und Umwelt schützen, Verkehr sozial gestalten 38

- Energieversorgung und Klimaschutz sozial und ökologisch gestalten Energiewende
- Monopolstrukturen beseitigen
- Kraft-Wärme-Kopplung
- Atomkraft ist keine Alternative
- Energiewende wirkt nachhaltig friedenssichernd
- Der Werra droht der Kali-Tod
- Keine Erweiterung der hessischen Flughäfen
- Bahn und ÖPNV müssen besser und billiger werden
- Stärkung des ÖPNV
- Die Verkehrsbelastung für die Menschen reduzieren
- Für ökologischen Landbau und gegen Gentechnik
- Wald- und Forstwirtschaft als Ressourcenschutz
- Tierschutz
- Volksbegehren und Volksentscheid
- Bürgerrechte und Mitbestimmung ausbauen

VI. Endlich mehr Demokratie wagen 47

- Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst ausbauen herstellen
- Datenschutz und Privatsphäre
- Kommunale Selbstverwaltung stärken
- Nein zu dieser Föderalismusreform
- Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik
- Ministerium für Migration und Integration
- Chancengleichheit verwirklichen
- Politische Partizipation als eine Demokratiefrage
- Flüchtlinge brauchen Schutz – das Recht auf Asyl erhalten
- Menschen aus der Illegalität holen
- Neofaschismus bekämpfen
- Friedenspolitik in Hessen

VII. Finanzierung sicherstellen ... 56

- Politik mit den Menschen

Fachliche Anhänge..... 58

- Drogenpolitik: Für rationale und humane Veränderungen!

10 Punkte für ein ökologisches Hessen: Mensch, Tier und Natur vor Profit! 60

Präambel

Am 27. Januar 2008 hat die Mehrheit der hessischen Wählerinnen und Wähler gegen eine Fortsetzung der Kochschen Politik gestimmt. Entsprechend diesem Auftrag versuchte die hessische LINKE, die erstmals in den Hessischen Landtag eingezogen war, die Landespolitik zu ändern, konkrete Verbesserungen für die Lebensbedingungen der Menschen durchzusetzen und Schritte in Richtung einer solidarischen Gesellschaft mit demokratischer Teilhabe, gleichen Bildungschancen und sozialer Sicherung für alle einzuleiten.

Erste Erfolge waren zu verzeichnen. DIE LINKE hat die Proteste der Studierenden gegen die Studiengebühren aufgegriffen und war der parlamentarische Motor der Abschaffung dieser unsozialen und bildungsfeindlichen Gebühren. DIE LINKE sorgte für parlamentarische Mehrheiten für einen gesetzlichen Mindestlohn, für die Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder und für eine humanere Verwaltungspraxis gegenüber Migrantinnen und Migranten. Die Regierung Koch konnte jedoch die Parlamentsbeschlüsse missachten, weil sie geschäftsführend im Amt verblieb und nach ihrem Demokratieverständnis die parlamentarische Mehrheit zweitrangig gegenüber ihrer eigenen Einschätzung der Staatsräson war.

Der von der LINKEN ermöglichte Weg, eine Minderheitsregierung von SPD und GRÜNE zu unterstützen, wenn diese Regierung keinen Sozial- oder Personalabbau betreiben und keine weiteren Privatisierungen und keine Verschlechterungen beim Umweltschutz bewirken würde, wurde von der SPD-Rechten im letzten Moment torpediert. Die Kapitalinteressen waren ihnen zu wichtig, als

dass sie mit uns einen Weg mit der Losung »Menschen vor Profite« hätten mitgehen können.

Erleichtert wurde der Putsch der SPD-Rechten durch die Ausgrenzungspolitik, die sowohl die Berliner Parteiführung der SPD wie auch die hessische SPD gegenüber der LINKEN im letzten Wahlkampf betrieben hatten. Eine Politik, die sich aus der Umarmung der Kapitalinteressen befreit, die mehr Demokratie wagt und die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und der wirtschaftlich Schwachen in den Mittelpunkt rückt, war der SPD-Führung geradezu unheimlich. Die Verantwortung dafür, dass Koch bisher nicht abgewählt wurde, liegt deshalb bei der gesamten SPD.

SPD und GRÜNE wollen wieder an die Regierungsmacht. Sie sind aber bisher den Nachweis schuldig geblieben, dass sie aus den Fehlern der rot-grünen Regierungszeit Schröder wirklich gelernt haben. Schließlich war dies die Zeit, in der die Axt an die Wurzeln der sozialen Sicherungssysteme gelegt wurde und massiver Sozialabbau bei gleichzeitigen Steuergeschenken an die Konzerne und die Milliardäre betrieben wurde. Nur eine starke LINKE kann einen Rückfall in die Politik jener Zeit unterbinden.

Die hessische LINKE hält an den Feststellungen und Zielen fest, mit denen sie in die Landtagswahlen 2008 gegangen ist.

Hessen ist ein reiches Land. Aber inmitten des Reichtums wachsen neue Armut und Zukunftsängste. Ein sozialer Riss geht durch Hessen. Die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen den herrschenden Eliten und der großen

Mehrheit, zwischen Stadt und Land, zwischen Nord- und Südhessen wächst und mit ihr wächst die Ungleichheit der Lebenschancen. Mit ihr wächst auch die soziale Ungerechtigkeit.

Auch in Hessen ist mit der Partei DIE LINKE eine Alternative zu den herrschenden Parteien entstanden. Dem kapitalistischen System, das Profite vor Menschen stellt, hält DIE LINKE die Idee eines demokratischen Sozialismus entgegen. Wir streben eine andere Gesellschaftsordnung an, in der Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit elementare Grundwerte sind.

Die Hessische Landesregierung unter Roland Koch (CDU) zieht eine Spur der sozialen Verwüstung nach sich. Mit ihrer Operation »Sichere Zukunft« hat sie den Sozialstaat jährlich um eine Milliarde Euro geschrumpft. Sie

- privatisiert öffentliche Einrichtungen: Krankenhäuser und Uni-Kliniken, Gefängnisse, Verwaltungsgebäude und sie plant dies für Wohnungsbaugesellschaften;

- baut Bildung ab: durch eine vorgegaukelte »Unterrichtsgarantie« mit nicht ausgebildeten Vertretungskräften, übervollen Klassen, Schließung und Zusammenlegung von Schulen, verschärften »Querversetzungen« und durch die verfassungswidrige Einführung von Studiengebühren. Bildung wird damit zu einem Luxusgut für Besserverdienende;

- kürzt bei sozialen Dienstleistungen: weniger Geld für Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Betreuung HiV-Positiver, Erziehungsberatung, Hilfe für Obdachlose und ambulante Drogenhilfe, Jugend- und Familienhilfe, weniger Geld für Beschäftigungsförderung für Frauen;

- lässt es zu, dass ältere Menschen vielfach in Armut gestürzt oder in Heimen mit unzureichender Ausstattung menschenunwürdig verwahrt werden;

- missachtet den Umweltschutz durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens und des Flughafens Kassel-Calden, des Kohlekraftwerks Großkrotzenburg sowie durch die Einstellung der Förderung erneuerbarer Energien und propagiert stattdessen den Weiterbetrieb und Neubau von Atomkraftwerken;

- baut die Rechte der öffentlich Beschäftigten ab und senkt deren Einkommen: Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte auf 42 Stunden, Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, Austritt aus dem Tarifverbund der Länder, Einschränkung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte, Personalabbau in öffentlichen Einrichtungen;

- betreibt Sündenbockpolitik und nährt Fremdenfeindlichkeit mit Wahlkämpfen, die Migrantinnen und Migranten ins politische Abseits drängen. So 1999 mit der Unterschriftensammlung gegen die Erleichterung der Einbürgerung (»Doppelpass«), so 2006 mit einem entwürdigenden Fragebogen für Einbürgerungswillige (»Einbürgerungstest«).

Die »Leuchttürme« Roland Kochs und seiner CDU-Regierung signalisieren Verschleuderung öffentlichen Eigentums, Tarifbruch, Lohnraub, Arbeitsplatzvernichtung, soziale Unsicherheit, Abbau demokratischer Rechte und sie signalisieren höhere Profite und Steuergeschenke für die Reichen. Koch & Co. berufen sich auf die Demokratie und bauen zugleich Mitbestimmungsrechte und Bürgerrechte ab, um den Einfluss und den Widerstand von Gewerkschaften, aber

auch von Naturschutzverbänden, Bürgerinitiativen, Studierendenvertretungen und anderen demokratischen Organisationen und Bewegungen zu schwächen. Ihre Politik der Deregulierung und Privatisierung zerstört das Familien- und Gemeinschaftsleben sehr vieler Menschen.

Noch immer haben Frauen bei gleicher oder sogar besserer Qualifikation schlechtere berufliche Chancen und geringere Bezahlung. Nach wie vor müssen Frauen häufig zwischen Kindern und Beruf entscheiden. Arbeitszeiten werden liberalisiert und ausgeweitet, Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Menschen reichen nicht aus. Die Betreuungsent-scheidung fällt aus wirtschaftlichen Gründen fast immer auf die Frau.

Mit der Einführung von Hartz IV haben insbesondere Frauen ihren eigenständigen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verloren. Statt Abhängigkeitsstrukturen abzuschaffen, werden sie politisch verstärkt. Daher fordern wir gesetzliche und gesellschaftliche Strukturen, die allen Frauen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

DIE LINKE. Hessen tritt unnachgiebig für den Erhalt der fortschrittlichen Elemente der Hessischen Verfassung ein, die die Koch-Regierung – bislang vergeblich – beseitigen wollte. Neben vielem anderen stehen die dort festgeschriebenen Schulgeld-, Studiengebühren- und Lernmittelfreiheit unter ständigem Angriff der konservativen Kräfte.

Schließt das Casino – Arbeitsplätze retten!

Die Krise des Finanzkapitalismus stellt uns vor neue Herausforderungen. Nachdem durch Finanzspekulationen weltweit Billionen Euro in die Taschen

der Spekulanten flossen und gleichzeitig die reale Wirtschaft durch die Maxime der schnellen Profite schwer geschädigt wurde, wird sich jetzt zeigen, wie und für wen die Krise überwunden werden soll. Geht es wieder um steigende Aktien oder um die Lebensbedingungen der Menschen? Es ist Zeit, aufzustehen und für die Verbesserung der Lebensverhältnisse dem ausbeuterischen Kapitalismus entgegenzutreten – global und auch hier in Hessen. Nur der Gegendruck der Betroffenen wird die Politik der Herrschenden verändern. DIE LINKE ist ein Teil dieses Drucks der sozialen Gegenkräfte.

Die Finanzkrise ist mehr als das Versagen der politischen und ökonomischen Eliten in den Vorständen, Rating-Agenturen und Regulierungsbehörden von Banken und Börsenplätzen, sondern auch Ausdruck einer Systemkrise des Finanzkapitalismus mit seinen neoliberalen Heilsversprechen. Deregulierungen, Liberalisierungen und steuerliche Erleichterungen des Kapitalverkehrs durch die Bundesregierungen seit 1998 haben der Entfaltung der unkontrollierbaren Dynamik der Finanzmärkte massiv Vorschub geleistet. Die weitgehende Entkoppelung von Finanz- und Produktionsbereich wurde dadurch dramatisch befördert. Die Krise ist in diesem Ausmaß nur möglich geworden, weil in den vergangenen Jahren durch Sozialabbau, unzureichende Beteiligung der abhängig Beschäftigten am Produktivitätszuwachs und Privatisierung der Sozialversicherungssysteme und der staatlichen Daseinsvorsorge eine dramatische gesellschaftliche Umverteilung stattgefunden hat.

Der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft wird dramatische Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und -chancen der Lohnabhängigen in vielen Volkswirt-

schaften haben. Deutschland und die Weltwirtschaft stehen am Beginn einer schweren Krise der kapitalistischen Ökonomie. Mit Entlassungen, Forderungen nach Lohnzurückhaltung und Sozialabbau werden Unternehmen und neoliberale Parteien versuchen, die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen. Die LINKE steht vor der Aufgabe, jeden Widerstand gegen diese Versuche zu unterstützen.

Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten ist zugleich Zeichen einer schweren Krise der Demokratie. Umverteilung, Privatisierung sowie Rücknahme staatlicher Regulierung haben den Finanzmärkten eine Macht zuwachsen lassen, die demokratische Gestaltungsspielräume zugunsten privatwirtschaftlicher erheblich eingeschränkt hat.

Eine grundlegende Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist dringend erforderlich.

Wenn die Wirtschaft wieder den Menschen dienen soll und nicht umgekehrt die Menschen mit ihrer Arbeit und ihrem Geld für die Privatwirtschaft haften sollen, muss die gesellschaftliche Produktion auf Ausgleich, Versorgung und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, statt der Kapitalvermehrung unterstellt zu sein.

Zu einer solchen wirtschaftspolitischen Umorientierung gehört auch und in erster Linie der Ausbau der Mitbestimmung der Belegschaften in den Unternehmen. Das bestehende Mitbestimmungsrecht ist auf weitere Betriebe auszudehnen. Es muss künftig auch demokratische Mitbestimmung bei Investitionen beinhalten und eine Beteiligung der Belegschaftsvertretungen bei aktiven und passiven Übernahmen ermöglichen.

Ein staatliches Eingreifen in den in Not geratenen Bankensektor ist grundsätzlich notwendig, da die Konsequenzen eines ungehinderten Übergreifens der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sozial und ökonomisch unverträglich wären. Das von der Mehrheit des Bundestages beschlossene

Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) ist jedoch abzulehnen, da die alleinige Absicherung von Bankrisiken, ohne weitere Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, dem Muster folgt, Verluste zu sozialisieren, während Gewinne in privaten Taschen verbleiben. Es enthält keine ausreichenden Ansätze zur stärkeren Kontrolle der Finanzbranche.

Ein sinnvoller und notwendiger Bestandteil einer grundlegenden Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Überführung privater Banken in öffentliches Eigentum. Damit werden die Voraussetzungen verbessert, die gesamte Finanzwirtschaft an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, eines ökologischen Umbaus, der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und des Ausbaus und der Stärkung der demokratischen Beteiligung zu orientieren. Dies entspricht auch den Intentionen der Art. 14 und 15 des Grundgesetzes sowie Art. 40 und 41 der Hessischen Verfassung.

Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken kann erreicht werden, dass die gewaltigen Ressourcen der Banken dazu genutzt werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Gleichzeitig ist die Ankerbelugung der wirtschaftlichen Entwicklung wegen der bevorstehenden Rezession durch öffentliche Investitionen nötiger denn je.

Deshalb müssen die Arbeitseinkommen, die seit Mitte der 1990er Jahre gesunken sind, deutlich angehoben werden. Dazu gehören deutliche Lohnerhöhungen, ein flächendeckender Mindestlohn und die Anhebung der Regelsätze für BezieherInnen von HartzIV-Leistungen.

Finanzielle Lasten wegen der Stützung des Finanzsektors dürfen nicht zur Einschränkung des politischen Spielraums in Hessen führen. Staatliche Verschuldungsverbote oder -bremsen stünden in krassem Widerspruch zu den Milliardenleistungen für Banken und zur Notwendigkeit von Konjunkturprogrammen.

Die Vermögenden sind über eine Sonderabgabe maßgeblich an den Kosten der Krise zu beteiligen und es ist eine Vermögenssteuer zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen einzuführen. Eine Beteiligung des Banksektors an den Kosten eines Rettungsfonds ist unerlässlich. Wir fordern entsprechende Initiativen des Landes Hessen.

Neben den notwendigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte auf internationaler und nationaler Ebene, für die DIE LINKE entsprechende Forderungen erhoben hat, **fordern wir auf Landesebene:**

- Die Rücknahme der Änderungen des Hessischen Sparkassengesetzes, die von der Koch-Regierung 2005 und von den Fraktionen der FDP, CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Herbst 2008 beschlossen wurden, weil sie über die Einführung von Trägeranteilen und die Möglichkeit, Sparkassen in Stiftungen umzuwandeln, den Weg zur schrittweisen Privatisierung der Hessischen Sparkassen ebnen;
- Der Finanz- und Bankenstandort Frankfurt am Main muss eine Vorreiterrolle bei der Reform der internationalen Finanzmärkte übernehmen;

- Forschungskapazitäten der Hochschulen in Hessen sind auf die Erarbeitung entsprechender Konzepte zu konzentrieren;

- Einschränkung und ggf. Verbot »alternativer Finanzierungsformen« der Öffentlichen Hand wie Cross-Border-Leasing, Zins-Swap-Geschäften oder Public Private Partnership (PPP);

- Die Abschaffung aller Ein-Euro-Jobs in Hessen durch Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch ein Landesprogramm;

- Die sofortige Einstellung von 100 zusätzlichen SteuerfahnderInnen für Hessen;

- Eine kurzfristige Unterstützung des Landes für unmittelbar von der »Kreditklemme« betroffene, wirtschaftlich gesunde Unternehmen und Kommunen;

- Die sofortige Absicherung der unabhängigen Information und Unterstützung von Kleinanlegern, die ihre Verluste nicht auf den Staat abwälzen können.

Landeshilfen für hessische Unternehmen in der Krise

In der akuten, von den dramatischen Krise der internationalen Finanzmärkte noch vertieften »Jahrhundert«-Krise des globalisierten Kapitalismus muss der Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Mittelpunkt einer Politik der sozialen Gerechtigkeit stehen. Die Lebensgrundlage der Beschäftigten erhalten und Arbeitsplätze sichern, ist zentrale Aufgabe staatlichen Handelns. Deshalb können staatliche Hilfen für in Not geratene Branchen und Betriebe sinnvoll sein.

Um zu verhindern, dass nach Jahren der privaten Aneignung von Unternehmensgewinnen und der seit den 1970er Jahren andauernden Umverteilung des Volkseinkommens – von den Löhnen und Gehältern bis zu den Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen – nun die Verluste dem Staat, also den Steuerzahlerinnen und -zahlern aufgebürdet werden, sind staatliche Hilfen an strikte Bedingungen zu knüpfen:

- Die Entscheidung darüber muss beim Parlament bleiben und darf nicht in technokratische Stäbe von Ministerien oder Sondervermögen verschoben werden;

- Es ist sicher zu stellen, dass Mittel des Landes Hessen oder des Bundes nicht zur Sanierung internationaler Konzernstrukturen missbraucht werden können, sondern die Arbeitsplätze in den Betrieben sichern;

- Die Bezüge der Manager sind angemessen zu begrenzen;

- Betriebsbedingte Kündigungen sind unzulässig;

- In den begünstigten Unternehmen wird kein Abbau der betrieblichen Mitbestimmung zugelassen, vielmehr sollen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten ausgebaut werden;

- Als Sicherheitsleistung ist dem Land Hessen eine Unternehmensbeteiligung in zu bestimmender Höhe einzuräumen, die Einfluss auf die Geschäftspolitik eines Unternehmens ermöglicht.

Garantien und Bürgschaften allein sind keine ausreichenden Wege aus der heraufziehenden Wirtschaftskrise. Sie können nur erste Hilfen sein, um akut bedrohte Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten. Ein Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm, mehr Mittel

für soziale Sicherheit und die Besteuerung der Gewinner der vergangenen Jahre müssen zwingend eingesetzt werden. Diese Krise zeigt deutlich, dass die Wirtschaft nicht in ausreichendem Maße zur Selbstregulierung fähig ist. Staatliche Nothilfen müssen jetzt so angelegt sein, dass sie eine grundlegende Reform der kapitalistischen Wirtschaft einleiten, die zu einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, mehr Demokratie und Mitbestimmung und der Herausbildung einer nachhaltigen, sozialökologischen Lebensweise weltweit führen.

Auf Bundesebene hat das Land Hessen sich einzusetzen und zu wirken für

- Ein öffentliches Konjunkturprogramm mit Investitionen für Bildung, Soziales, Klima- und Umweltschutz und öffentliche Infrastruktur;

- Sofortige Einführung eines Mindestlohns auf Bundesebene;

- Anhebung der Hartz IV-Regelsätze;

- Gerechte Besteuerung und Kostenbeteiligung der Kapitaleigner durch Einführung einer Millionärsabgabe;

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer für den börslichen und außerbörslichen Handel mit Wertpapieren;

- Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer von einem Prozentpunkt auf große Vermögen über 500 000 Euro.

SPD und Grüne sind keine Alternative

Die FDP macht kein Geheimnis daraus, dass sie Kochs Kurs des Sozialabbaus und des Ausverkaufs öffentlicher Betriebe und Dienste unterstützt und noch mehr davon will. Aber auch SPD und GRÜNE unterstützen Kochs Kurs

der sozialen Ungerechtigkeit durch ihre Politik im Bundestag tatkräftig. Gemeinsam haben diese Parteien in den vergangenen Jahren den Sozialstaat schwer beschädigt und gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben verteilt: die SPD/GRÜNE-Regierung Schröder/Fischer durch die »Agenda 2010« und dabei insbesondere durch die Einführung des SGB II (Hartz IV).

Heute ist es die große Koalition von CDU/CSU und SPD (Merkel/Steinmeier), die den Ruin des Sozialstaats immer schneller vorantreibt: »Rente mit 67«, Gesundheitsreform, Nullrunden für Rentnerinnen und Rentner, Unternehmenssteuerreform usw. Öffentliche Daseinsvorsorge und Versorgungs- und Verkehrsbetriebe werden privatisiert und damit einer politischen Gestaltung durch demokratisch gewählte Abgeordnete entzogen.

Mit den Hartz-Gesetzen, die von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzt wurden und für die Roland Koch selbst ein Stichwortgeber war, wurde Armut per Gesetz eingeführt. Mit der »Rente mit 67« werden Millionen Menschen die Renten gekürzt. Gemeinsam mit Koch hat der heutige Finanzminister Steinbrück (SPD) ab 2008 neue Steuergeschenke an die Großunternehmen in Milliardenhöhe ausgehandelt. Durch die weitere Absenkung der Unternehmenssteuern werden dem Land Hessen jährlich etwa 200 Millionen Euro entzogen.

Statt Chancengleichheit zu fördern, vergrößern CDU, SPD, GRÜNE und FDP die Kluft zwischen oben und unten, zwischen den Reichen und der großen Mehrheit. Niedriglohnbeschäftigung, Leih- und Zeitarbeit breiten sich immer mehr aus. Große Teile der Bevölkerung wenden sich von der Teilnahme an der demokratischen Willensbildung ab.

Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden!

Der Sozialstaat in Deutschland muss wieder aufgebaut werden. Wer weiß, dass er bei Krankheit gut versorgt wird, wer einen gesicherten Lebensstandard im Alter hat und wer im Falle von Arbeitslosigkeit geschützt ist, kann seine Zukunft besser planen. In einer Gesellschaft, die immer reicher wird, kann Armut nicht hingenommen werden. Altersarmut ist durch die so genannten Rentenreformen vorprogrammiert. Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Die Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Hartz IV muss rückgängig gemacht werden.

DIE LINKE. Hessen – das soziale Gegengewicht

Für mehr soziale Gerechtigkeit braucht Hessen ein Aktionsprogramm. DIE LINKE. Hessen tritt ein für:

- Ein sozialökologisches Beschäftigungsprogramm durch Sanierung und Ausbau der Bereiche Bildung, Kultur und Verkehr; durch Ausbau von Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen; durch umfassenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu einem hessischen Gesamtnetz;

- Den Stopp der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und die Rückverwandlung bereits privatisierter Einrichtungen in öffentliches Eigentum. Gesundheit, Bildung, Verkehr, Wasserversorgung, Elektrizitäts- und andere Energieversorgung sowie kulturelle Einrichtungen dürfen nicht den Prinzipien von Profit und Konkurrenz unterworfen werden;

- Eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni;

■ für kleine Klassen und eine echte Förderung in Ganztagschulen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch eine landespolitische Initiative »eine Lehrstelle für jede(n)« (qualifizierte Lehrstellen für alle arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen);

■ Eine Initiative gegen Altersarmut und Notlage von Behinderten und Kranken sowie Schutz gegen unzureichende Pflege in Altenheimen durch Qualitäts-sicherungskontrollen.

Diese Sofortmaßnahmen kosten Geld. Mit der Einführung von Steuern auf große Vermögen und Erbschaften sowie auf Börsenumsätze können die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Erhebliche Mittel können auch durch den Verzicht auf überflüssige Prestige-projekte und umweltschädliche Verkehrsbauten umgeschichtet werden.

Die Pläne zu einer Föderalismusreform II lehnen wir ab. Die darin vorgesehene Einschränkung der Finanzsouveränität der Länder geht zu Lasten der ärmeren Länder, vergrößert das regionale Wohlstandsgefälle und soll die Landes-regierungen zu weiteren Ausgabenkür-zungen zwingen – dies in einer Zeit, in der Massenarbeitslosigkeit eine aktive Konjunkturpolitik des Staates erfordert. Soziale Gerechtigkeit heißt für uns auch Umweltgerechtigkeit. Die Folgen von Produktion und Verkehr dürfen nicht zu Lasten derer gehen, die sich keine »Luxusökologie« leisten können. Wir stehen für eine soziale Ökologie, die auch für Menschen mit kleinen Ein-kommen eine lebenswerte Umwelt und Arbeitswelt schafft.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen

DIE LINKE ist eine neue politische Kraft. Sie will zur Erneuerung demokratischer

Willensbildung beitragen. Gemeinsam mit Anderen in Gewerkschaften, Kirchen, Hochschulen, Verbänden und Bürger-initiativen streiten wir für eine solida-rische, sozial gerechte und friedliche Politik. Wir wollen helfen, die Schwachen vor den Starken zu schützen. Die Grund-versorgung der Bevölkerung gehört in gesellschaftliche Verantwortung.

Arbeit ist existenzielle Grundlage für die Menschen und Voraussetzung für ihre individuelle Entfaltung. Es ist nicht hinnehmbar, dass Millionen arbeitslos und ohne Lebensperspektive sind. In skandalöser Weise hat die Politik von Rot-Grün und der Großen Koalition auf Bundesebene dafür gesorgt, dass die Löhne sinken. Ein gesetzlicher Mindest-lohn wird verweigert, befristete Arbeitsverträge wurden erleichtert, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit nehmen zu. Arbeitszeitverlängerungen ohne Bezahlung, Renten- und Sozial-kürzungen werden »Umbau des Sozialstaats« genannt.

Dies haben Union, SPD, GRÜNE und FDP zu verantworten. In der Bevölke-rung gibt es aber keine Mehrheit für diese Politik.

Es ist wichtig, dass eine Partei im Land-tag für Solidarität, politische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit steht; eine Partei, die eine klare Alternative zum herrschenden Neoliberalismus und zur Politik der anderen im Hessischen Landtag agierenden Parteien bietet.

Wir stehen nach wie vor für die Ablösung von Koch. Alle anderen Parteien stehen bereit, im Bedarfsfall mit Koch zu regieren. Nur DIE LINKE garantiert einen Politikwechsel und kämpft dafür, dass Menschen vor Profite kommen.

I. Für ein hessisches Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«

So viele Arme wie heute gab es in Hessen noch nie seit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl Hessen eines der reichsten Bundesländer ist. Trotz hoher Zuwachsraten ist der Aufschwung bei den meisten Menschen nicht angekommen. Das Land ist sozial tief gespalten. Armutslöhne, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze und ein Schulsystem, das soziale Auslese betreibt, gehören zur bitteren Realität inmitten des Reichtums. Die Kinderarmut steigt dramatisch. Allein in der Bankenstadt Frankfurt ist jedes dritte Kind arm.

Im hessischen Durchschnitt ist der Anteil kaum geringer. Diese Zustände sind menschlich und gesellschaftlich unerträglich. Deshalb wollen wir in Hessen ein Sofortprogramm gegen Armut. Dafür schlagen wir vor:

a) Nachhaltige Investitionen für 25 000 zusätzliche Arbeitsplätze

Wir wollen durch die Investition von einer Milliarde Euro jährlich 25 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen. Der Wiedereintritt des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder würde die Schaffung von rund 5000 Stellen nach sich ziehen. Um Schulen und andere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Bedarf der Menschen anzupassen, werden weitere rund 6000 Stellen im Öffentlichen Dienst einzurichten sein. Strukturell möchten wir mit den öffentlichen Investitionen die soziale Infrastruktur verbessern, das Bildungssystem ausbauen und einen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten. Dadurch sollen der Energieverbrauch

und der CO₂-Ausstoß eingeschränkt, der öffentliche Nahverkehr und das Radwegenetz ausgebaut sowie umweltfreundliche Energieträger und die Gebäudesanierung beschleunigt werden. Neben Fördermaßnahmen soll die Öffentliche Hand in Hessen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und ihre Gebäude sanieren. Diese Maßnahmen nutzen der Umwelt, steigern die Lebensqualität der Menschen und reduzieren die Armut.

b) Lohndumping verhindern – Mindestlohn statt Armutslohn

Die »Arbeitsmarktreformen« der Regierung Schröder/Fischer haben die Vernichtung zigtausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze begünstigt. Stammpersonal wurde durch geringfügige bzw. befristet Beschäftigte ersetzt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet. In Hessen arbeitet heute etwa jeder siebte Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Die Betroffenen sind arm trotz Arbeit.

Das darf nicht so bleiben. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch von seiner Arbeit leben können. Darum werden wir alles tun, um Lohndumping zu verhindern. Wir fordern einen bundesweiten, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,71 Euro. Der Mindestlohn ist jährlich den Entwicklungen der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung anzupassen. Hierzu soll das Land Hessen eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat einbringen. Wenn die Bundesregierung nicht handelt, werden wir uns für einen solchen Mindestlohn

auf Landesebene einsetzen. In den Branchen, in denen mehrere Tarifverträge zur Anwendung kommen – wie zum Beispiel in der Ver- und Entsorgung, den Postdienstleistungen und dem ÖPNV – wird ein repräsentativer Tarifvertrag durch die Politik zum Referenztarifvertrag als allgemeinverbindlich erklärt. Die Einhaltung der Tarifverträge wird kontrolliert, Verstöße führen zum Verlust öffentlicher Aufträge und zum Ausschluss der Teilnahme an weiteren Vergaben.

c) Arbeitszeit verkürzen und tarifliche Standards einhalten

Die Hessische Landesregierung hat die Arbeitszeit der Beschäftigten im Land Hessen ohne Lohnausgleich von 38,5 auf 42 Stunden erhöht und die tariflichen Standards durch Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder verschlechtert. Dadurch hat sie in Hessen 20 000 Arbeitsplätze vernichtet und die Löhne und Gehälter im Verhältnis zur erbrachten Arbeitszeit drastisch abgesenkt. Dies führt dazu, dass in vielen Bereichen, insbesondere in den Schulen und bei der Polizei, die Arbeitsbelastung das Zumutbare überschritten hat. Die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger wird dadurch zwangsläufig verschlechtert.

Wir fordern:

- Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder und dadurch auch die Wiederherstellung der Arbeitszeit nach den tariflichen Standards;
- Verringerung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden auch für die Beamtinnen und Beamte.

d) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs

Wir wollen eine hessenweite ergänzende Finanzierungsinitiative zur Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.

Der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern führt nicht zur Entstehung neuer Arbeitsplätze, er hat im Gegenteil massenhaft zum Abbau regulärer Arbeitsplätze geführt. Die Vermittlungsrate der in Ein-Euro-Jobs Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt ist äußerst gering. Diese diskriminierende Form der Arbeit ist in einem Bundesgesetz geregelt. Wir wollen durch Bündelung der Mittel, die die Gemeinden, die Bundesagentur für Arbeit, der Europäische Sozialfonds für ALG II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen ausgeben sowie durch einen ausreichenden Zuschuss aus Landesmitteln den Kommunen und Landkreisen ermöglichen, an die frühere Förderpraxis anzuknüpfen. Ein-Euro-Jobs sind so in sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, die andere Arbeitsplätze, etwa im Öffentlichen Dienst, weder verdrängen noch ersetzen.

e) HessenCard

Die HessenCard soll allen Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen sowie denjenigen, die wegen der rigiden Vermögensanrechnung keine Sozialleistungen erhalten, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu gehört die unentgeltliche Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie der öffentlichen Sport- und Kultureinrichtungen. Die HessenCard schließt auch den kostenlosen Zugang zu Krippen- und Kindergartenplätzen, Schulspeisung, die vollständige Lernmittelfreiheit, den kostenfreien Zugang zu den Hochschulen sowie

Unterstützung bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen ein. Dieses gilt, so lange keine weiterreichenden Maßnahmen durchgesetzt sind. Soweit die HessenCard kommunale Leistungen mit abdeckt, werden die Mehrkosten der Kommunen aus Landesmitteln finanziert.

f) Lehrstellen und zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen

Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte, tariflich bezahlte Arbeit droht lebenslange Armut. DIE LINKE fordert, dass beim Land Hessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden und jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird. Darüber hinaus treten wir für eine landesweite Initiative mit dem Ziel, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, ein. Lehrgänge zur Berufsfindung sind kein Ersatz für eine Ausbildung. Betriebe müssen angemessen Ausbildungsplätze (7 Prozent der Belegschaft) bereitstellen. Um nicht-ausbildende Betriebe zur Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage anregen; hat dies keinen Erfolg, ist eine hessenweite Arbeitgeber-Berufsbildungsumlage einzuführen. Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Die Möglichkeit der finanziellen Absicherung von Auszubildenden, die außerhalb des elterlichen Haushalts leben, ist wiederherzustellen; sie hat sich seit Einführung des SGB II drastisch verschlechtert, weil jetzt bei Vermittlung in eine Ausbildungsstelle oder weiterführendem Schulbesuch der Anspruch auf Grundsicherungsleistungen sofort erlischt.

Unter diesen Umständen müssen viele junge Menschen ihre Ausbildung abbrechen, was gerade bildungspoli-

tisch katastrophale Auswirkungen hat und das Gerede von »Fordern und Fördern« ad absurdum führt.

g) Nachhaltiges Landesvergabegesetz

Staatliche Körperschaften stellen weiterhin einen bedeutenden Investor und Auftraggeber dar. Die staatliche Auftragsvergabe hat aufgrund ihres Umfangs erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben und kann Vorbildcharakter haben. Den Einfluss des Staates als größtem Auftraggeber gilt es zu nutzen, um tarifliche Standards und Umweltschutz im Wirtschaftsleben durchzusetzen.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines rechtlich unanfechtbaren Landesvergabegesetzes ein, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreuegesetz) sowie an das Engagement bei der Ausbildung und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards knüpft.

II. Für eine Sozialpolitik, die die Menschen schützt

Mit der »Operation Sichere Zukunft« hat die CDU-Landesregierung ein gigantisches Sparprogramm zu Lasten von sozialen, karitativen und Frauenverbänden durchgesetzt. Eine Milliarde Euro pro Jahr wurde gestrichen. Für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates ist es unabdingbar, Frauenhäuser, Erziehungsberatungsstellen, Arbeitslosenberatungen, Schuldnerberatungen, Verbraucherberatung, Jugendhilfe und Volkshochschulen mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Wir wollen den Stopp der »Operation (Un)Sichere Zukunft«.

Erfolgte Zuschuss- und Sozialkürzungen sind rückgängig zu machen; die Institutionen sind finanziell und personell, entsprechend ihrer enormen Bedeutung, angemessen auszustatten. Die Verbraucherberatung muss ein solides Finanzierungskonzept erhalten. Wir fordern (im Einklang mit den Verbraucherberatungsstellen) eine Basisfinanzierung von einem Euro je Einwohner pro Jahr durch die Öffentliche Hand.

Unterstützung von Erwerbslosen

In Hessen arbeiten die so genannten Optionskreise, die Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen und Städten sowie die Arbeitsagenturen weitgehend unabgestimmt nebeneinander. Bei der Förderung und Unterstützung der arbeitslosen Menschen führt dies zu unnötigen Konkurrenzen und zu regional verschiedenen Förderprogrammen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Sozialleistungsträger durch ein Hessisches Informationsfreiheitsgesetz (IFG) zu mehr und besseren Informationen an die Leistungsberechtigten verpflichtet werden.

Zusätzlich fordern wir die materielle Unterstützung von Erwerbslosen-Initiativen und -Verbänden für ihre Beratungstätigkeit und Integrationsarbeit. Weiterhin wollen wir die Entwicklung berufsspezifischer Weiterbildungsmaßnahmen, um die Reintegration von Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer sowie Langzeiterwerbslosen in den Arbeitsmarkt individuell zu sichern.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben. Doch besonders in Ballungsräumen ist bezahlbarer Wohnraum schwer zu finden. Eine aktive Wohnungspolitik der Öffentlichen Hand ist deshalb unverzichtbar. In Hessen fehlen mehrere hunderttausend Wohnungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass immer mehr Menschen in Nordhessen gezwungen sind, abzuwandern, weil sie dort keine Arbeit finden. Leerstand in den Kommunen dort steht Wohnungsnot in Südhessen gegenüber. Überhöhte Mieten überfordern oft sogar Normalverdienende. Hinzu kommen deutlich gestiegene Nebenkosten und Energiepreise. Für Menschen mit Kindern und geringerem bis durchschnittlichem Einkommen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt in den größeren Städten häufig aussichtslos.

Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde in Hessen praktisch eingestellt. Wohnungsbaugesellschaften wurde die Gemeinnützigkeit entzogen, die Zweckentfremdungsverordnung gegen die Umwandlung in Büros wurde abgeschafft. Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der

Sozialbindung. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften können eine wichtige Rolle bei der Erhaltung bezahlbaren Wohnraums spielen. Die Landesregierung versucht jedoch, den »Marktwert« der Unternehmen durch Mietsteigerungen und Einsparungen beim Service zu steigern. Die Folge: Große Investoren wie Fortress, Terra Firma, Annington, Cerberus und Lone Star sind dabei, zahlreiche öffentliche Wohnungen aufzukaufen. Diese Käufe und Börsengänge machen aus ihrer Sicht nur Sinn, wenn die Mieten mittelfristig kräftig steigen oder die Wohnungen teuer weiterverkauft werden können. Die Politik der Landesregierung öffnet diesen »Heuschrecken« die Tür. Und die Bundesregierung hat durch die Zulassung spezieller spekulativer Immobilienfonds (REITS) ihren Teil dazu beigetragen.

Mieterschutz verbessern

Um Mietwucher zu verhindern und überhöhte Mieten zu unterbinden, werden wir auf alle Kommunen einwirken, einen verbindlichen Mietspiegel zu erstellen. Die kommunalen Wohnraum-sicherungssysteme sind auszubauen. Wohnungen, die im Besitz des Landes Hessen oder hessischer Kommunen sind, dürfen nicht verkauft werden.

Wohnungsbestände an gefördertem Wohnraum sind allen Berechtigten, unabhängig von ihrer Herkunft, zugänglich zu machen. Auch Arbeitslosigkeit und Verschuldung dürfen kein Ausschlussgrund sein. Von den Trägern der sozialen Grundsicherung ist die reale und nicht die »angemessene« Miete samt Nebenkosten so lang anzuerkennen, bis geeigneter Ersatzwohnraum tatsächlich zur Verfügung steht. Den besonderen Bedürfnissen von Familien mit Kindern sowie von älteren und behinderten Menschen ist Rechnung

zu tragen. Die Landesregierung muss darauf hinwirken, dass Wohnungen im öffentlichen Besitz nicht zwangsgeräumt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Energieunternehmen, an denen die Öffentliche Hand beteiligt ist, Hartz IV-Bezieherinnen und -Bezieher bei Zahlungsunfähigkeit nicht Strom, Wasser oder Gas abschalten. Stattdessen muss ein Sozialtarif bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden.

DIE LINKE fordert:

- Kein Verkauf von Wohnungsgesellschaften;
- Mietnebenkosten müssen begrenzt, ihre Abrechnung transparent sein;
- Die Bildung von Mieterbeiräten, die Kontrollrechte gegenüber Management und Verwaltung ausüben;
- Energiesparmodelle sind zwingend vorzuschreiben;
- Einen Neueinstieg in den Sozialen Wohnungsbau mit Schwerpunkt in den Ballungsräumen und der Berücksichtigung von Familien;
- Eine Infrastruktur und Verkehrsanbindung, die Ghettobildung verhindert und Individualverkehr vermindert;
- Genossenschaftliche Mieter- und Wohnungsbaumodelle sind vom Land finanziell zu fördern.

Gesundheit darf keine Ware sein

Mit der Privatisierung von zwei der drei hessischen Universitätskliniken (Gießen und Marburg) hat die CDU-Landesregierung nicht nur den 10 000 Beschäftigten, sondern auch hunderten zukünftigen Patienten schweren Schaden zugefügt.

Die Folgen werden erst schrittweise sichtbar. Wir halten Konkurrenz und Profitprinzip im Gesundheitswesen für falsch.

Privatisierung heißt nicht besser und effizienter. Privatisierung wird dazu führen, dass Gesundheit noch mehr als heute eine Frage des Geldbeutels wird. Außerdem dürfen Forschung und Lehre an den Unikliniken nicht an Gewinninteressen ausgerichtet sein.

Wir lehnen auch die Umwandlung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen in »gemeinnützige GmbHs« ab, weil dies nur der erste Schritt zur Privatisierung ist und die Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle durch demokratisch gewählte Volksvertreter beschneidet und verhindert.

Die Privatisierung von Gesundheitsrisiken und Rationalisierungen haben für die Patientenversorgung eine bedrohliche Reduzierung von Personal und Leistungsabbau sowie die Einschränkung von Rechten der Versicherten und Patienten zur Folge. So wurde das Krankenhaus im Schwalm-Eder-Kreis im vergangenen Jahr privatisiert und heute steht eine Streichung von zahlreichen Personalstellen im Raum.

Mit der flächendeckenden Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte wird weniger der medizinische Service am Patienten verbessert als vielmehr die Tür für den allseits gläsernen Bürger geöffnet. Wir teilen deshalb die verbreitete Skepsis gegenüber der Einführung dieser Karte in der derzeit geplanten Form.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist eine Pflichtaufgabe des Landes und darf nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Eine Zweiklassenmedizin und privatisierte Krankenhausketten lehnen wir deshalb entschieden ab. Wir wollen ein flächendeckendes, d.h. auch in den ländlichen Regionen funktionierendes, leistungsfähiges und humanes Gesundheitswesen für alle.

DIE LINKE fordert:

- Die Rückführung der Universitätskliniken Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum;
- Keine Mehrklassenmedizin – gleiche, aber gute Qualität der gesundheitlichen Versorgung für alle;
- Den Ausbau von Kliniken zu öffentlichen Gesundheitszentren (Poliklinik) – auch in den ländlichen Regionen muss es wieder ein flächendeckendes leistungsfähiges Gesundheitswesen für alle geben;
- Die Gründung eines Landes-Gesundheits-Fonds für hilfsbedürftige Menschen zur Finanzierung von Brillen, Zahnersatz und medizinischen Hilfsmitteln sowie der Praxisgebühr und Medikamenten-Zuzahlungen.

Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, wurde die ungleiche Verteilung von Lebenschancen nicht aufgehoben. Frauen weisen heute bessere Bildungsabschlüsse vor und verdienen bei gleicher Arbeit trotzdem noch immer fast 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Viele berufstätige Frauen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Frauen sind von der Politik des Neoliberalismus und des Sozialkollaps besonders hart betroffen. Arbeitsplatzvernichtung sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen viele Frauen in ungeschützte, niedrig entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für alleinerziehende Mütter.

Unter den vormaligen Arbeitslosenhilfe-Berechtigten, die wegen der neuen Bemessungsgrundlage bei Hartz IV ihren Anspruch auf staatliche Hilfe

verloren haben, sind überdurchschnittlich viele Frauen. Mit der »Bedarfsgemeinschaft« wurden viele Frauen vom Verdienst ihrer Partner abhängig. Die Hilfen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben sind völlig gestrichen. Wenn Frauen sich für Kinder entscheiden, werden sie aus dem Berufsleben gedrängt. Unter den Bedingungen von Hartz IV können oder wollen es sich nur noch wenige Männer leisten, eine Elternzeit zu nehmen. Hinzu kommt, dass es immer noch zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt und noch immer kein Anspruch auf Vollzeitbetreuung besteht.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung von Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) für Frauen, die von Hartz IV betroffen sind. Ein wichtiger Schritt für eine tatsächliche Gleichstellung ist die angemessene Beteiligung von Frauen an allen Gremien, Aufsichtsräten und Entscheidungsorganen des Landes. Dazu ist eine Quotenregelung nötig, die Frauen mit oder ohne deutschen Pass berücksichtigt. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sowie einen bedarfsdeckenden Ausbau von Ganztageseinrichtungen zur kostenlosen Kinderbetreuung. Wir fordern, alle Regelungen im Sozial- und Steuerrecht zu beseitigen, die ausschließlich die traditionelle Ehe begünstigen. Die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts muss aufgehoben werden. Neue Beziehungsformen müssen rechtlich anerkannt werden.

Gewalt gegen Frauen stoppen

Frauen sind im öffentlichen wie im privaten Bereich vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. Das kann nur durch einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess verändert werden, der von der Politik maßgeblich vorangetrieben wird.

Emanzipatorische Prozesse können nur gefördert werden, wenn bei allen politischen Entscheidungen auf allen Ebenen die Auswirkungen auf Frauen konsequent bedacht werden. Eine Streichung der Mittel für Frauenhäuser wäre unter diesem Blickwinkel undenkbar gewesen. Wir fordern daher, diese Mittel umgehend wieder zur Verfügung zu stellen.

Eine erfolversprechende Gewaltprävention erfordert Programme im gesamten Kinder- und Jugendbereich zur gewaltfreien Konfliktlösung und Kommunikation. Weiterhin fordern wir flächendeckend Beratungsstellen und Beratungstelefone für Mädchen und Frauen sowie ausreichende therapeutische Angebote für Gewaltopfer.

Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen

DIE LINKE tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Transgender, Inter-, Bi- und Heterosexuellen ein.

DIE LINKE wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung: Sei es am Arbeitsplatz, in öffentlichen oder privaten Institutionen oder anderen Bereichen. Sie tritt dafür ein, dass keine Lebensweise gegenüber einer anderen bevorzugt oder benachteiligt wird.

In schulischer und außerschulischer Bildung sollen diese Lebensentwürfe als gleichberechtigt dargestellt werden. Ziel ist die selbstbestimmte Findung der eigenen Sexualität und des eigenen Lebensentwurfs. DIE LINKE unterstützt emanzipatorische und aufklärende Kulturarbeit, die die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensweisen fördert.

Würdiges Leben im Alter

Immer mehr ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger geraten in Armut und werden zu Almosenempfängern. Die Regierungen Schröder und Merkel haben eine ganze Serie von Nullrunden bei den Renten zu verantworten. Gleichzeitig kam es – neben dem Anstieg der Lebenshaltungskosten – zu zahlreichen Zuzahlungen bei Medikamenten, Hilfsmitteln und Leistungen, die gerade ältere Menschen hart treffen. Durch die Existenz privater Krankenversicherungen kommt es zu einer Selektion zum Nachteil von alten, kranken und behinderten Menschen mit dem Ergebnis, dass die gesetzlichen Krankenkassen die Beiträge erhöhen und ihre Leistungen reduzieren.

Nach wie vor möchten ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, werden aber oft gegen ihren Willen in ein Heim abgeschoben. Wir setzen uns dafür ein, dass die häusliche Versorgung und Pflege nachhaltig verbessert wird. In Heimen wie in der häuslichen Pflege ist deshalb entsprechendes Fachpersonal zu beschäftigen. Der Ausgrenzung der Seniorinnen und Senioren aus der Gesellschaft ist entgegenzuwirken, ihre Würde ist zu wahren, ihre optimale Versorgung ist zu sichern.

Seniorinnen und Senioren dürfen nicht als Kostenfaktoren in der Gesellschaft betrachtet werden, sondern sind eine unverzichtbare Quelle von Erfahrungen und Wissen. In Zukunft werden sie wegen des demografischen Wandels eine noch wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen, weshalb ihnen stärkere Selbst- und Mitbestimmungsrechte zukommen müssen.

Wir fordern:

- Wirksame öffentliche Kontrolle in Heimen und häuslicher Pflege auf Grundlage eines Landesgesetzes zur Qualitätssicherung in der Altenpflege mit verbindlichen Standards;
- Wehr und gut ausgebildetes Personal in allen Pflegebereichen;
- Ein Landesgesetz, das sicherstellt, dass ältere und behinderte Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können, Betreuung und Unterstützung erhalten und Obdachlosigkeit verhindert wird;
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen;
- Informationen für ältere Menschen über die ihnen zustehenden Leistungen und Hilfen. Es darf nicht sein, dass Menschen aus Unkenntnis nicht erhalten, was ihnen rechtlich zusteht.

Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen

Im Bereich der Hilfen für psychisch Kranke, Behinderte und Obdachlose sind die überörtlichen Träger der Sozialhilfe – in Hessen der 1953 gegründete Landeswohlfahrtsverband (LWV) – von großer Bedeutung. Denn die Finanzierung von Leistungen der Eingliederungshilfe überfordert das Budget kleinerer Gemeinden. Der LWV soll durch Unterstützungsleistungen eine gleichberechtigte Teilnahme behinderter und gefährdeter Menschen am gesellschaftlichen Leben unabhängig von der Finanzkraft ihres Wohnortes, gewährleisten. Die Einrichtungen brauchen eine gesicherte Finanzierung. Nur so können sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tarifgerecht entlohnen und ihre Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln. Behinderte sind keine »Kunden« der Sozialbürokratie. Sie brauchen

ein solidarisches Hilfesystem, das eine selbstständige Lebensführung ermöglicht und unterstützt. Wir fordern, dass bei Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken die zuständige Patientenfürsprecherin sofort informiert wird. Wir fordern selbstbestimmte, umfassende und ungehinderte Teilhabe behinderter Menschen an allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Wir fordern die Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen u. a. durch Rampen. Wir sprechen uns aus für geregelte Arbeitszeiten und die Anrechnung und Bezahlung von Bereitschaftsstunden des Krankenhaus- und Rettungspersonals.

DIE LINKE fordert:

- Die Entwicklung eines Hilfesystems, das der Vereinzelung der Betroffenen entgegenwirkt und ihnen die erforderliche persönliche Unterstützung gewährt;
- Der Übergang zwischen den beiden Hilfesystemen SGB II (Hartz IV) und SGB XII (Sozialhilfe) ist so zu gestalten, dass die Existenzgrundlage kranker und behinderter Menschen zu keinem Zeitpunkt gefährdet ist;
- Die Schaffung eines modernen, patientengerechten Rechtsschutz- und Behandlungsgesetzes für psychisch kranke Menschen in Hessen anstelle des antiquierten »Hessischen Freiheits-Entziehungsgesetzes« (HFEG);
- Die Verpflichtung aller Gebietskörperschaften Hessens, in ihrem Bereich Barrierefreiheit herzustellen.

Drogenpolitik

Trotz herrschender Verbotspolitik sind auch illegalisierte Substanzen flächendeckend in Stadt und Land verfügbar. Die Drogenpolitik der Regierung Koch ist gescheitert. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist zufällig und willkürlich. Die Erfahrungen

zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum abhalten.

Drogenpolitik kann nur durch eine enge Verbindung von Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution, Gesundheitshilfen für Drogenkranke erfolgreich sein. Um die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen zu stoppen, treten wir für eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts ein. Ziel ist eine Perspektive für den Ausstieg aus der Abhängigkeit.

DIE LINKE fordert:

- Mehr und bessere Projekte der Therapie- und Nachsorge; dazu gehören insbesondere »Hilfe zur Selbsthilfe«, Rechts- und Sozialberatung sowie Hilfe zur Reintegration in Beruf oder Ausbildung;
- Druckräume mit hygienischen Bedingungen für Suchtkranke und ihre Anbindung an Betreuungsangebote;
- Flächendeckende Regelversorgung mit Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) bei der Behandlung so genannter Schwerstabhängiger; mehr Finanzmittel des Landes für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und eine bessere finanzielle Förderung für Selbsthilfegruppen im Bereich der Suchtkrankenhilfe;
- Suchtprävention auch im Bereich der »legalen« Drogen wie Alkohol und Medikamenten sowie
- Bildungsprojekte zu der Thematik für Eltern, Jugendliche und alle Interessierten;
- Eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen zur fachlichen Verbesserung und zeitlichen Verlängerung von Langzeittherapien.

III. Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und ausbauen

Die Landesregierung fährt einen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten, gegen die Arbeitslosen und gegen die Gewerkschaften. Die Privatisierungspolitik und der Abbau sozialer Leistungen richten sich gegen die große Mehrheit der hessischen Bevölkerung. Für die Beschäftigten in der Hessischen Landesverwaltung bedeutet das den permanenten Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Bis 2008 war der Abbau weiterer 7500 Arbeitsplätzen vorgesehen. Mit der Privatisierung der hessischen Universitätskliniken Gießen und Marburg hat sich die Landesregierung zudem der Verschleuderung und Veruntreuung von öffentlichem Vermögen schuldig gemacht. Der Verkaufspreis in Höhe von 140 Millionen Euro für beide Kliniken an den Konzern »Rhön-Klinikum AG« beträgt nur einen Bruchteil des tatsächlichen Werts (geschätzte 700 bis 1 000 Millionen Euro).

DIE LINKE will einen sinnvollen Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsverwaltung sowie die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden. Eine Erhöhung der Gerichtsgebühren lehnen wir ab.

DIE LINKE fordert:

- Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst – Ausbau öffentlicher Dienstleistungen;

- Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – Erhalt und Ausbau des Flächentarifvertrags;

- Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte;

- Keine Beschäftigten zweiter Klasse bei der Einstellung von angelegerten Hilfskräften im Schuldienst und im Bereitschaftsdienst der Polizei;

- Schluss mit der Privatisierung von Kliniken.

Stabile und niedrigere Preise für Gas und Strom

Die Versorgung mit Wasser und Energie sowie die Entsorgung sind gesellschaftliche Aufgaben, die in öffentlicher Verantwortung zu erbringen sind. Bisher mussten sich die Stromerzeuger die Erhöhung ihrer Grundpreise von den Wirtschaftsministerien der Bundesländer genehmigen lassen. Diese Bundesverordnung

Elektrizität hat nach zehn Jahren »Liberalisierung« im Strommarkt keinen Bestand mehr. Dies hat eine Welle von Erhöhungen der Strompreise ausgelöst. Die »Großen Vier« Energiekonzerne Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW erzeugen heute 80 Prozent der Elektrizität und besitzen fast alle Grundlast-Kraftwerke in Deutschland. Darüber hinaus sind sie Eigentümer der großen Stromnetze. Sie zählen zu den profitabelsten und finanzstärksten Unternehmen der Bundesrepublik. Beim Erdgas kontrolliert E.ON Ruhrgas allein über die Hälfte des Marktes.

DIE LINKE fordert:

- Preisaufsicht der Bundesländer über die Strom-, Wasser- und Gasarife; die Energieversorger müssen ihre Produktionskosten transparent und detailliert offenlegen;
- Ein Sozialtarif für Privathaushalte mit geringen Einkommen ist verpflichtend einzuführen und Heizkostenzuschüsse sind unbürokratisch zu gewähren;
- Re-Kommunalisierung privatisierter Stadtwerke (Wasser-, Gas- und E-Werke);
- Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum; dies ist notwendige Bedingung, um die Geschäftspolitik der Energieversorger auf soziale und ökologische Ziele auszurichten. Dazu gehört der heute technisch mögliche Umstieg auf erneuerbare Energien sowie die ausreichende und erschwingliche Versorgung aller Einkommenschichten mit Wärme und Strom.

Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger

Privatisierungen wie der Verkauf von Landesimmobilien, sind Kernstück der hessischen CDU-Politik. Der Verkauf der Uni-Kliniken in Marburg und Gießen, von Straßenmeistereien, die Umwandlung der Forst-Verwaltung in einen Landesbetrieb, die nur durch massiven öffentlichen Druck verhinderte Privatisierung des Landeswohlfahrtsverbandes, die teilweise Privatisierung der Justizvollzugsanstalt in Hünfeld sowie der beabsichtigte Verkauf der Hessischen Landesbank zeigen, wie weitreichend dieser Wille schon entwickelt ist. Wir sagen: Privatisierungen sind grundsätzlich weder billiger noch effizienter. Sie führen am Ende zu höheren Belastungen der Bürgerinnen

und Bürger. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. DIE LINKE wendet sich gegen jedwede Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Stattdessen fordern wir einen bürgernahen Ausbau öffentlicher Einrichtungen.

Die Hessische Gemeindeordnung muss dahingehend geändert werden, dass Städte und Gemeinden nicht mehr zur Privatisierung kommunaler Dienstleistungen veranlasst werden können. Die kommunale Selbstverwaltung muss finanziell so gestärkt werden, dass Kreise und Kommunen Investitionen selbst realisieren können.

Kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen

Der Verkauf zahlreicher Immobilien (Ministerien- und Behördengebäude) des Landes Hessen und die langfristige Anmietung dieser Gebäude führen dauerhaft zu höheren Belastungen. DIE LINKE lehnt den Verkauf von Landeseigentum ab. Ebenso muss der öffentliche Einfluss auf Privatbetriebe, an denen das Land Hessen noch beteiligt ist, erhalten bleiben.

Keine Projekte in Public-Private-Partnership (PPP)

Eine neue Form der Privatisierung sind die PPP-Projekte. Hierbei werden langfristige Verträge über Bau, Unterhalt und Betrieb unterschiedlicher öffentlicher Einrichtungen mit Privatunternehmen geschlossen. Die Inhalte der Verträge werden geheim gehalten, die parlamentarische Kontrolle wird ausgeschaltet. In der aktuellen Finanzkrise zeigt sich, welche unberechenbaren Risiken mit PPP, Cross Border Leasing und Contracting-Projekten für die Kommunen verbunden sind. Zur besonderen Förderung von PPP hat das Land Hessen eine »Koordinations- und

Beratungsstelle PPP« eingerichtet. DIE LINKE wendet sich gegen solche Projekte und fordert die Auflösung der Koordinations- und Beratungsstelle.

Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen

Die in öffentlich-rechtlicher Gewährsträgerschaft geführten Sparkassen dienen insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, mit Krediten an ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe, zur regionalen Mittelstandsförderung beizutragen. Die Koch-Regierung hat den Sparkassen freigestellt, wie Privatbanken Eigenkapital zu bilden und dieses zu handeln. FDP, GRÜNE und CDU haben im Herbst 2008 die Möglichkeit eröffnet, die hessischen Sparkassen in Stiftungen umzuwandeln. Diese Gesetzesänderungen erhöhen die Gefahr, dass die regional verbundenen Sparkassen sich von ihrem bisherigen Geschäftsmodell verabschieden, rechtlich privaten Finanzinstituten gleichgestellt werden und durch Großbanken und Investmentgesellschaften aufgekauft werden. Damit würden sie ihre Eigenständigkeit verlieren und das Prinzip der Gemeinnützigkeit aufgeben.

Diese Novellierungen des Sparkassengesetzes, die gegen den erklärten Willen der Sparkassen, Städte und Gemeinden sowie der Beschäftigten durchgedrückt wurden, müssen revidiert werden.

DIE LINKE lehnt eine Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab.

Keine Privatisierung der Deutschen Bahn

DIE LINKE spricht und setzt sich vehement gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG aus und sagt uneingeschränkt NEIN zu jeder Form von Privatisierung, Börsengang, Ausverkauf und Zerschlagung der Deutschen Bahn AG einschließlich der – auch von der hessischen SPD – propagierten Mogelpackung der Privatisierung durch »Volksaktien«. Dies wäre die größte Verschleuderung von öffentlichem Vermögen in der deutschen Geschichte.

Verlierer wären die Bahnkunden, die Beschäftigten, die Umwelt, die Gesellschaft insgesamt. Gewinner wären nur Kapitalgesellschaften, Aufkäufer von Teilbetrieben und ihre Banken und Berater. Kein Betriebsteil, keine Aktie der Bahn darf in private Hände gelangen. Eine Wiederholung der negativen Erfahrungen wie bei der Post, der Telekom usw. darf es hier nicht geben. Als Rückgrat eines umweltfreundlichen und leistungsfähigen Verkehrssystems für Personen und Güter muss die Bahn in öffentlichem Eigentum erhalten, ausgebaut und modernisiert werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich das Land Hessen im Bundesrat und auf allen Ebenen einer Privatisierung oder Teilprivatisierung der Deutschen Bahn, egal in welcher Form, grundsätzlich widersetzt.

Ausverkauf der Telekom stoppen – Privatisierung rückgängig machen

Die Privatisierung war und ist ein Irrweg. Die Kunden erhalten qualitativ schlechtere Produkte zu höheren Preisen. Sie kann und muss wieder rückgängig gemacht werden. Der Bund darf keine weitere T-Aktie mehr verkaufen und

muss mit seiner Sperrminorität und seinen Vertretern im Aufsichtsrat die unsoziale Politik des Managements stoppen. Die in Privatbesitz befindlichen Aktien müssen wieder in Bundesbesitz überführt werden. Volle Entschädigung sollte es grundsätzlich nur für Kleinaktionäre geben.

Stopp der Wirtschaftskriminalität

In der Bundesrepublik Deutschland sind laut BKA-Statistik nur 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7 Prozent entfallen rund 60 Prozent des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen Schadens. Mitbestimmungsrechte und Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz.

Für eine Verkürzung der Ladenöffnungszeiten

Die weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel geführt noch die Zahl der regulären Vollzeit Arbeitsplätze erhöht. Stattdessen helfen die längeren Ladenöffnungszeiten Handelskonzernen dabei, kleinere Geschäfte zu verdrängen. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung in ländlichen Regionen und Randlagen

der Städte. Das hat auch negative Folgen für die Arbeitssituation der etwa 200 000 Beschäftigten im hessischen Einzelhandel. Die großen Handelshäuser und handwerklichen Filialbetriebe haben mit einer weiteren Flexibilisierung reagiert. Stammpersonal wurde durch billigere Arbeitskräfte (Minijobs) ersetzt. Überwiegend Frauen mit Familien arbeiten im Einzelhandel, die durch die ungünstigen Arbeitszeiten stark beeinträchtigt sind. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Ladenöffnungszeiten im Sinne der Beschäftigten im Einzelhandel wieder zu reduzieren und die Sonntags-Öffnung abzuschaffen.

Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang

Medien interpretieren und verändern die Welt – und dabei auch sich selbst. Wer sie besitzt, kann Politik kontrollieren. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio, Fernsehen und das Internet sind die Massenmedien der Gegenwart. Information, Kommunikation und Unterhaltung sind jedoch nicht nur Waren, und Medienpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik. Sie prägen die Kultur und sind eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Den klassischen Medien (Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen) sind infolge von Ökonomisierung und digitaler Technologie neue Herausforderungen erwachsen. Die fortschreitenden Kommerzialisierungstendenzen werden begleitet und geprägt von den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Finanzinvestoren bemächtigen sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Presse-sektors. Erhöhter Druck zur Rentabilität zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können. Zugleich ist Mitbestimmung auch durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung zentrales Ziel unserer Medienpolitik.

Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die Landesregierung nimmt massiv Einfluss auf die Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks. Kritische Zeitbetrachtungen oder in eigener Produktion erstellte gesellschaftskritische Sendungen sind gestrichen. Kritische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden kaltgestellt. In den Rundfunkrat wurden Vertreter konservativer bis rechtsgerichteter Organisationen berufen.

DIE LINKE steht für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Jedoch betrachten wir darunter keinen Auftrag an diesen zu einer ungebremsen Expansion auf allen Medienmärkten: Der Empfang der Öffentlich-Rechtlichen muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Eine generelle Rundfunkgebühr auf PCs und Mobiltelefone lehnen wir ab. Zunehmend skeptisch betrachten wir auch die fortschreitenden Tendenzen in der Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots selbst. Diese folgen weitgehend unkritisch den Handlungsmustern der Privaten und bewirken eine weitere Verflachung des Medienspektrums.

DIE LINKE fordert zudem, die geltenden Regelungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) zu ändern. Geringverdiener, Studierende und Bezieher von Niedrigrenten, auch solche, die bewusst auf den Bezug von Sozialleistungen verzichten, sollen deshalb ebenso wie Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst die Möglichkeit zur Befreiung erhalten.

Verhinderung von Medienkonzentration

Fortschreitender Konzentration im Medienbereich ist durch Reformen in der Medienregulierung zu begegnen. Um zu verhindern, dass Rundfunk und Fernsehen als reines Kommerzgeschäft betrieben werden, fordert DIE LINKE, den Informationsauftrag im Rundfunkstaatsvertrag zu präzisieren.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE auch Förderinitiativen, die den »freien Sendern«, die sich vielerorts in Hessen installiert haben, eine finanziell gesicherte Sendearbeit ermöglichen.

Demokratisierung digitaler Kommunikation

Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung. Der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist auch in Hessen nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die es in einer Demokratie nicht geben darf.

DIE LINKE fordert daher, in Hessen die Infrastruktur für ein (bezahlbares) »Breitband-Internet für alle« bereitzustellen. Zugleich müssen vor Ort Initiativen wie »Frauen ans Netz«,

»Schulen ans Netz« oder »Senioren ans Netz« gefördert und weiter ausgebaut werden.

Stärkung von Medienkompetenz

Der Erwerb von Medienkompetenz ist eine Schlüsselkategorie, um den inhaltlichen Herausforderungen des digitalen Zeitalters begegnen zu können. Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, ist unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Medienpädagogik. Die natürlichen Orte dazu sind Kindergärten, Horte und Schulen. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört somit in die Ausbildungsinhalte von Erziehern, Lehrern und Sozialpädagogen. DIE LINKE tritt dafür ein, die Förderung und Schulung von Medienkompetenz in Hessen institutionell verpflichtend zu verankern.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der künftigen Landesregierung müssen zudem in der Lage sein, Journalistinnen und Journalisten umfassende Auskünfte über politisch relevante Vorgänge und Konfliktlagen zu geben, um in der Öffentlichkeit Grundlagen für deren Mitwirkung bei der Gestaltung der Hessischen Politik insgesamt zu ermöglichen.

Kultur für alle

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft.

Hessen galt lange Zeit als kulturell hoch entwickeltes Land. Die Landesregierung setzt dieses aufs Spiel. Mit der Rücknahme öffentlicher Gelder wird der demokratische Einfluss abgebaut.

Besonders betroffen sind freie und kommunale Kulturträger und Institutionen. So wurde der Zugang zu Museen durch die Einführung von Eintrittsgeldern erschwert.

DIE LINKE fordert:

- Eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen, die Kultur zu fördern;
- Die Privatisierung von öffentlichen Kunst-, Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu beenden und zurückzunehmen;
- Den Erhalt und Ausbau von Bibliotheken, Artotheken, Musikschulen, Museen sowie weiterer Kultureinrichtungen und -angebote.
- Unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Kulturangeboten für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger;
- Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festzulegen;
- Eine bundesweite Initiative, um das Künstlersozialversicherungsgesetz, z. B. Krankengeld und Altersabsicherung zu verbessern.

IV. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle

Die Entwicklungsmöglichkeiten einer und eines Jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ab, ebenso wie von der Möglichkeit, sich zu bilden und an der Kultur dieser Gesellschaft teilzuhaben. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. DIE LINKE. Hessen fordert seine Verwirklichung für alle. Es geht um eine andere, demokratische, sozial gerechte und emanzipatorische Bildung – von Anfang an und ein Leben lang. Das Bundesland Hessen und seine Regierung werden diesen Anforderungen nicht gerecht.

Im jetzigen Bildungssystem werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung verstärkt. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund gehören von vorneherein zu den Verlierern.

Das hessische Bildungswesen mit seiner mehrgliedrigen allgemeinbildenden Schule und der Selektionsmöglichkeit von Schul»versagern« steckt in einer tiefen Krise. Auch die berufliche Bildung wird immer weiter abgehängt. Wir fordern: eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform jetzt! Alle fördern und Keinen »sitzen lassen« statt Selektion und Auslese! Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in gesellschaftlicher Verantwortung bei umfassender Förderung und ausreichender Finanzierung durch die öffentliche Hand gewährleistet werden. DIE LINKE. Hessen wendet sich deshalb gegen eine Privatisierung und Ökonomi-

sierung des Bildungswesens und den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung.

Wir wenden uns insbesondere gegen eine »betriebsradikale« Umstrukturierung von Schulen im Rahmen der so genannten »Neuen Verwaltungssteuerung« (NVS), die an Kennziffern orientierte Input-Output-Rechnungen zur Grundlage hat, Kostensenkungsaspekte in den Mittelpunkt rückt und die Schulen in eine scharfe Konkurrenz zueinander setzt. Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule. Wir fordern eine gesetzliche Ausbildungumlage in der beruflichen Bildung, die Einführung einer elternunabhängigen, repressionsfreien Grundsicherung für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende, die Einführung eines Bundesgesetzes zur Weiterbildung, die Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten für Lehrende und Lernende sowie die Sicherstellung einer kritischen Wissenschaft in gesellschaftlichem Interesse. Wir streiten für ein durchlässiges Bildungswesen, das die gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lernenden in den Blick nimmt. Übergänge von einer Bildungsstufe in die nächst höhere müssen an jedem Punkt der Schulkarriere möglich sein. Der Wechsel von der Berufs- zur Hochschulbildung ist zu erleichtern, erworbene berufliche Qualifikationen sind dabei anzuerkennen.

Eine nachfrageorientierte Steuerung, bei der Lernende auf die Rolle von Kundinnen und Kunden reduziert und die Bildungsprozesse zunehmend individualisiert werden, lehnen wir ab. Bildung ist ein öffentliches Gut.

Bildung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gestärkt und nicht abgebaut werden. Zugang zu Bildung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen und ethnischen Herkunft sowie unabhängig vom Geschlecht offen stehen.

Darum: Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Weiterbildung. Linke Bildungspolitik betrachtet Bildung nicht unter der herrschenden ökonomischen Verwertbarkeitslogik. Bildung soll nicht ausschließlich die Menschen dem sich wandelnden Arbeitsmarkt anpassen, sondern sie in die Lage versetzen, die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mitzugestalten und ihre Qualifikation auch als Potenzial für gesellschaftliche Veränderung zu begreifen. Mehr Demokratie soll auch in die Schulen einziehen. Die konsequente Drittelparität in den Schulkonferenzen wäre ein wichtiger erster Schritt dazu. Gute Arbeitsbedingungen für die Lehrenden sind eine wesentliche Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Bildung. Das bedeutet, für tarifliche Absicherung und die Stärkung ihrer Interessenvertretungen einzustehen. Wir treten für ein Bildungssystem ein, das Alle entsprechend ihrer Fähigkeiten fördert und niemanden benachteiligt. Eine Privatisierung von Hochschulen, Instituten und öffentlichen Forschungseinrichtungen lehnen wir grundsätzlich ab.

Ein Anrecht auf kostenlose Krabbelstuben-, Kita- und Kindergartenplätze

Eltern müssen in diesem Land eine kinderfreundliche Politik vorfinden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, ohne dass den Kindern dadurch Nachteile in ihrem Bildungsverlauf entstehen. Dies gelingt nur dann, wenn auch in Hessen ausreichende qualitativ gute Betreuungs-

und Bildungsangebote für unter 3-jährige Kinder bereitgestellt werden. Der Besuch von Kinderkrippen und Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich.

Bildung von Anfang an

Die Betreuung und Bildung für Kinder unter 3 Jahren soll in öffentlich verantworteten und öffentlich kontrollierten Kinderkrippen erfolgen. Die Übergänge vom Elternhaus zu Kinderkrippe bzw. Kindertagesstätte und Schule sollen fließend gestaltet werden.

Der Bildungsplan in Hessen für Kinder von 0-10 Jahren bietet hier eine gute Grundlage, die sich allerdings nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

Diese sind:

- »Die besten Pädagogen für den Anfang....« Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern stufenweise, beginnend mit den Leitungskräften, auf Fachhochschulniveau anheben, die Bezahlung ist entsprechend anzupassen;
- Kleinere Gruppen- und Klassengrößen, die eine individuelle Förderung aller Kinder ermöglichen;
- Ganzheitliche Förderung aller Kinder – Stärken erkennen, Schwächen ausgleichen;
- ausreichend Vorbereitungszeit von PädagogInnen für Elterngespräche sowie die Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen der Kinder;
- Aufnahme aller Kinder einer Jahrgangsstufe in die »Grundschule« – keine Selektion nach Entwicklungsstand oder Migrationshintergrund;

■ Ausbau des Integrativen Schulangebots durch Gemeinsamen Unterricht (GU) und verstärkten Einsatz von Förderstunden durch Sonderpädagogen und -pädagoginnen an Regelschulen;

■ Mehr fächerübergreifender Unterricht und Projektarbeit;

■ Pädagoginnen und Pädagogen als »Entwicklungsbegleiter« von Kindern werden angesichts der immer massiveren Folgen des Sozialabbaus immer wichtiger.

Für eine Schule für alle – Gemeinschaftsschule

Gemäß Art. 59 der Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 fordert DIE LINKE. Hessen einen kostenfreien Unterricht auf allen Ebenen der Bildung. DIE LINKE Hessen fordert, die Gebührenfreiheit von Bildung im Grundgesetz zu verankern. Bildungserwerb ist für uns ein Menschenrecht.

Ein integratives Bildungssystem soll nicht in Konkurrenz zu einem gegliederten System entstehen.

Deshalb macht sich DIE LINKE. Hessen die Forderung der SchülerInnenbewegung zueigen: »Weg mit dem gegliederten Schulsystem von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule (»Förderschule«).« An seine Stelle soll in Hessen als einzige Regelschule eine Schule für alle treten, die wir Gemeinschaftsschule nennen.

Für eine neue Schulstruktur in Bildungswegen und Abschlüssen

Die neue Gemeinschaftsschule umfasst die Primarstufe und die Sekundarstufe I (Klassen 1-10). In der Gemeinschaftsschule sollen die Schülerinnen und Schüler nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert

werden. Einen besonderen Hauptschulbildungsgang oder entsprechende Kurse wird es also nicht mehr geben, aber auch keine frühe Trennung in einen besonderen Bildungsgang zum Abitur. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht alle schulischen Abschlüsse. Die Vollzeitschulpflicht soll 10 Jahre betragen. Die Gemeinschaftsschule integriert Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, Flüchtlings- und Migrationshintergrund und fördert sie individuell.

Am Ende der 10. Klasse wird ein solider Schulabschluss erreicht, der den Zugang zu allen beruflichen Bildungsgängen ermöglicht, aber auch den direkten Bildungsweg zum Abitur.

Wir wollen ein möglichst wohnortnahes Schulangebot sichern. »Kurze Wege für kurze Beine« gilt darum für uns im besonderen Maße. Darum sollen Gemeinschaftsschulen der Primarstufe möglichst wohnortnah angeboten werden.

Die Klassen 11–13 bilden die Sekundarstufe II. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse soll ein Übergang zur gymnasialen Bildung ohne Umwege möglich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Anschluss an die neue Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 auch doppelt qualifizierende Bildungsgänge angeboten werden können. Es entspricht den Anforderungen an das Bildungsniveau in vielen modernen Berufen, dass anspruchsvolle berufliche Ausbildung mit einer hohen Allgemeinbildung verbunden ist. Die Berufsausbildung mit Abitur ist darum nicht nur ein Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im Bildungswesen, sondern unter Umständen ein Gebot der Zeit.

Alle Schulen sollen als Ganztags- schulen eingerichtet werden.

Ob sie dies in offener (Unterricht in der Regel am Vormittag, nachmittags Zusatzangebote) oder in gebundener Form (für alle verpflichtendes Bildungsangebot bis zum Nachmittag, bestehend aus Unterricht und Wahlangeboten) vorgehalten wird, sollen die Schulen unter Beachtung des Bedarfs und der kulturellen Entwicklung in der jeweiligen Region entscheiden.

Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule – Inhaltliche Ansprüche und Gestaltung

Auf der Basis von bundesweit für alle Gemeinschaftsschulen geltenden inhaltlichen Mindeststandards zu Bildungsinhalten und der dafür erforderlichen Stundentafeln sollen Schulen mehr Freiräume bei der Auswahl der Stoffe, für zusätzliche Bildungsinhalte und über die Unterrichtsformen sowie für außerunterrichtliche Betätigungsmöglichkeiten erhalten, also ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen können.

Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, in der das polytechnische Prinzip einen modernen praxisnahen Unterricht ermöglicht.

Die Gemeinschaftsschule gewährleistet eine umfassende Allgemeinbildung für alle Schülerinnen und Schüler. Allgemeinbildung in der Gemeinschaftsschule wie wir sie verstehen, umfasst deshalb alle Bereiche des menschlichen Lebens – Natur, Arbeitswelt, Wirtschaft, Politik, Kommunikation, Wissenschaft und Kunst, soziale und ethische Beziehungen, Freizeit und Familie. Die Gemeinschaftsschule ist im besten Sinne eine Schule gemeinschaftlicher Bildungsarbeit. Hier wollen wir an positive Erfahrungen aus

den skandinavischen Ländern anknüpfen. Unterricht, weiterführende Angebote im Wahlpflichtbereich und in zusätzlichen attraktiven Arbeitsgemeinschaften, Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote sollen den Rahmen für erfolgreiches Lernen schaffen.

Die Gemeinschaftsschule ist eine sozial engagierte Schule. Sie schaut nicht weg, wenn Schülerinnen und Schüler in ihrem persönlichen und häuslichen Umfeld Probleme haben. Sie entwickelt Solidarität untereinander und bietet sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. In der Gemeinschaftsschule soll ein vollwertiges kostenloses Mittagessen für alle Kinder angeboten werden.

Ein Abschieben von Lernenden in andere Schulformen soll es in Hessen ebenso wenig geben, wie das »Sitzenbleiben«.

Für das Lernen in kleinen Lerngruppen bedarf es eines angemessenen Einsatzes von Fachlehrerinnen und Fachlehrern. Dort, wo in Klassen gearbeitet wird, soll die Klassengrößen 25, in der Primarstufe 20 Schülerinnen und Schüler, nicht überschreiten.

Schule soll sich dem regionalen Umfeld, der Stadt oder dem Stadtteil, öffnen. Eine gute Schule pflegt zahlreiche Verbindungen zu Vereinen, Verbänden, öffnet sich kulturellen Angeboten der Region und bereichert damit das schulische Angebot.

Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?

In Hessen soll sie schrittweise eingeführt werden. Zum Beispiel:

1. Schritt bis zur Klasse 6.
2. Schritt bis zur Klasse 8.
3. Schritt bis zur Klasse 10.

Demokratische Prinzipien der Arbeit in der Gemeinschaftsschule

Die Gemeinschaftsschule ist eine demokratische Schule. Das prägt ihren Inhalt und ihre innere Organisation. Wir wollen eine Schule, in der die Konferenzen drittelparitätlich zusammengesetzt sind. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollen gleichberechtigt die Gestaltung der schulischen Arbeit mitbestimmen und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten mitwirken können.

Mitspracherechte sollen darüber hinaus alle an der Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte haben. Auch das technische Personal soll sich einbringen können.

Wichtige Partner bei der erfolgreichen Gestaltung schulischer Arbeit sind die Eltern. Der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule soll darum große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ihre Mitwirkung bei der Qualifizierung schulischer Angebote ist ausdrücklich erwünscht.

Schülervertretungen sollen sich mit allen die Schülerinnen und Schüler interessierenden Fragen befassen können. Schülerinnen und Schüler sollen im Unterricht über die Auswahl von Stoffen und Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer schulischer Angebote mitentscheiden können.

Die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung verändern

DIE LINKE. Hessen hält es für erforderlich, die pädagogische Ausbildung zu reformieren. Es kann nicht länger sein, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer während ihres Studiums kaum Praxiskontakte haben. Die Aufteilung in Fachausbildung auf der einen Seite und

pädagogischer Praxis auf der anderen Seite, die zudem noch hauptsächlich in die zweite Phase der Lehrerausbildung verschoben wird, wird dem Anspruch an den LehrerInnenberuf nicht gerecht. Der Beruf der Lehrerin, des Lehrers stellt sehr komplexe Anforderungen an fachliches Wissen und pädagogisches und methodisches Können. Das muss sich in der Ausbildung besser widerspiegeln. Wir fordern eine Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung. Die angehenden Lehrerinnen und Lehrer brauchen ebenso solide psychologische und sozialpädagogische Kenntnisse wie diagnostische Fähigkeiten und Grundkenntnisse über sonderpädagogische Arbeit.

Eine Gemeinschaftsschule benötigt keine »Zwei-Klassengesellschaft« im LehrerInnenberuf, sondern eine gemeinsame Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen, für die Primar- und die Sekundarstufen.

Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrerausbildung haben. Diese soll sich zeitnah an das Studium anschließen.

Bildungschancen für alle, auch aus Familien mit Einwanderungsgeschichte

Das Problem fehlender Chancengleichheit im Bildungssystem Deutschlands ist nicht neu. Insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien sind häufig Opfer der frühen Selektion. Es ist kein Zufall, dass in vielen Hauptschulen die Schülerinnen und Schüler mehrheitlich Migrantenkinder sind. Notwendig ist ein neues System, das der großen Zahl

mehrsprachig und in verschiedenen Kulturen aufgewachsener Kinder gerecht wird. Auch fordern wir, dass den in Bildungs- und Sozialbereich arbeitenden Personen während der Aus- und Weiterbildung interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden. Hessen muss endlich erkennen, dass unsere sprachliche und kulturelle Vielfalt nicht Defizit, sondern Chance bedeutet. Hessen könnte mit einer zukunftsfähigen Politik in den nächsten 15 Jahren gut ausgebildete, mehrsprachige und mit der ganzen Welt in Kontakt stehende Bürger haben. Dafür sollte von Anfang an die mehrsprachige Kompetenz von Kindern gefördert und die Einbindung und Weiterbildung der Eltern angestrebt werden. Um vorhandene Kompetenzen zu stärken, sollten die Kinder in den Schulen (im Rahmen des quantitativ Möglichen) muttersprachigen Unterricht erhalten. Kinder von sich hier »illegal« aufhaltenden Menschen müssen wie alle anderen schulpflichtig sein. Voraussetzung dafür ist die Abschaffung der momentanen Meldepflichtregelung für die Lehrkräfte.

Pädagogen bilden, motivieren, anerkennen

Allgemeine Schulpflicht (Art. 56 der Hessischen Verfassung) in Form einer reinen Anwesenheitspflicht der Schülerinnen und Schüler genügt nicht. Wir fordern eine klare Verpflichtung des Staates auf qualifizierte Bildung und Ausbildung der jungen Menschen durch Fachkräfte, die entsprechend dem Bedarf einzustellen sind. Für eine gesicherte Qualität der schulischen Angebote fordern wir eine Reform der LehrerInnenausbildung. Die Praxisnähe im ersten Ausbildungsabschnitt ist zu verstärken. Die Modularisierung, die die pädagogische Ausbildung zersplittert und den Bewertungsdruck erhöht,

muss zurückgenommen werden. DIE LINKE. Hessen setzt sich für die Sicherung der Qualität von Bildungsangeboten ein. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des Landes, das Perspektiven und Chancen im hessischen Schulwesen bietet. Unterrichtsausfall und drohender Lehrermangel tragen zur Bildungsqualität ebenso wenig bei wie die miserablen Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Die stetig gestiegene Unterrichtsverpflichtung muss wieder reduziert werden.

Demgegenüber tritt DIE LINKE für eine echte hundertprozentige Unterrichtsversorgung und den Aufbau einer qualifizierten zehnzehnten Vertretungsreserve ein.

Berufliche Bildung verbessern

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die beruflichen Schulen zügig auszubauen sowie eine Erhöhung der LehrerInnenstellen vorzunehmen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass alle Berufsschülerinnen und -schüler mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden erhalten. Neue Qualifizierungseinrichtungen für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene sind in enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu schaffen.

Studiengebühren dauerhaft verhindern – die Rechte der Studierenden wahren

Die deutsche Universitätslandschaft ist im Umbruch begriffen. Allerdings in die falsche Richtung. Die aktuellen Debatten handeln ausschließlich von Wettbewerb, Standortsicherung oder Exzellenzförderung. Ihr Ziel ist es, auch den Universitätsbereich für den freien Markt zu öffnen und akademische

Einrichtungen in ökonomische Dienstleistungsbetriebe zu verwandeln. Zusammen mit dem Ruf nach der Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung handelt es sich hierbei um einen massiven Eingriff in die demokratische Verfassung der Hochschule. Kein Zweifel besteht daran, dass die Hochschulgremien in ihrer traditionellen Form hoffnungslos überfordert sind. Doch ist die professorale Dominanz im Senat, den Fachbereichsräten oder den Ausschüssen kein Argument für die Einführung eines marktförmigen Struktur- und Organisationsprinzips. Dies käme der Selbstabschaffung der Hochschulpolitik gleich. Anstatt wichtige Entscheidungskompetenzen einseitig an die Hochschulleitung zu verteilen, muss die Politik für eine lebendige demokratische Kultur innerhalb und außerhalb der Universitätsmauern sorgen.

DIE LINKE fordert dazu eine drittelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen. Sie wendet sich gegen alle Formen von schleichender Privatisierung wie beispielsweise durch das Modell der Stiftungsuniversität und tritt für das Recht der Studierenden ein, sich zu allgemeinpolitischen Fragestellungen zu äußern. Die Möglichkeit der Disziplinierung von Studierenden seitens des Hochschulpräsidiums wie durch die neue Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes eingeführt, lehnen wir ab. Die Hessische Landesregierung will durch die Einführung der Studiengebühren die finanzielle Missachtung der hessischen Hochschulen durch die Studierenden selber auffangen lassen. Diesem verfassungsfeindlichen Akt – die Hessische Verfassung stellt eindeutig klar, dass das Studium unentgeltlich zu sein hat – hat DIE LINKE. Hessen eine klare Absage erteilt. Studiengebühren

vertiefen die sozialen Unterschiede und fördern nur das Studium der Reichen. Unsere Fraktion im Landtag hat erfolgreich für die Abschaffung der Studiengebühren gestritten und gestimmt.

Lebenslanges Lernen möglich machen

In einer sich rasch ändernden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen notwendig. DIE LINKE. Hessen tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegt und dem individuellen Wunsch nach Weiterbildung entsprochen wird. Sie fordert deshalb ein Bildungsfreistellungsgesetz für Hessen. Die Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im kulturellen und politischen Bereich gewinnt für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist in besonderer Weise für ehrenamtlich Engagierte zu fördern. Für die wissenschaftliche Weiterbildung sind die Hochschulen zunehmend in die Verantwortung zu nehmen, um stärker als bisher aktuelles Wissen zu vermitteln und die Gesellschaft auf einem insgesamt hohen Bildungsstand zu heben. DIE LINKE. Hessen fordert den Erhalt der Volkshochschulen und die Rückkehr zu deren Drittelfinanzierung. Für Inhaber eines Stadtpasses bzw. einer HessenCard ist ihr Besuch kostenlos. Für die VHS-Kursleiter sind rechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. DIE LINKE wendet sich gegen die drastischen Kürzungen bei Weiterbildungsmaßnahmen in Hessen sowie deren ausschließliche Ausrichtung auf berufliche Verwertbarkeit.

V. Klima und Umwelt schützen, Verkehr sozial gestalten

Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für DIE LINKE untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Deshalb sind für uns Ökologie, Natur- und Umweltschutz Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft.

Umweltschutz heißt auch, natürliche Ressourcen für den Fortbestand menschlicher Existenz auf unserem Planeten zu erhalten. Verharmlosend wird fortlaufend von Vertretern der herrschenden Klasse und von den ihrem Einfluss unterliegenden Medien und von dafür honorierten Wissenschaftlern der Versuch unternommen, statt von einer sich abzeichnenden Klimakatastrophe entschärfend von einem Klimawandel zu sprechen.

Dagegen zeigen unisono langfristig und weltweit vorgenommene Untersuchungen renommierter unabhängiger Institute und Forscher auf, dass der Trend von lebensbedrohenden Veränderungen in der die Erde schützenden Atmosphäre und Stratosphäre ständig und immer intensiver voranschreitet. Selbst wenn man periodische Verschiebungen der Klimazonen und von der Sonne ausgehende Veränderungen der Magnetfelder, die auf Klima und Natur großen Einfluss haben, in Rechnung stellt, so ist der Hauptfaktor der bedrohlichen Klimaveränderung auf menschliche Einwirkung zurückzuführen.

Die Wasserversorgung muss auf eine getrennte Versorgung mit Trink- und

Brauchwasser umgestellt werden. Dazu gehört auch eine Sanierung des gesamten Zuleitungssystems. Die Entsorgung und eine von der öffentlichen Hand geförderte Reduzierung von Verpackungsmaterial muss auf eine weiterentwickelte Recyclingtechnik umgestellt werden.

Die Hessische Landesregierung betreibt eine rückwärtsgewandte Energiepolitik. Sie setzt auf Kohlekraftwerke und Laufzeitverlängerung für die Atomkraft. In der Landwirtschaft fördert sie Gentechnik und verhindert einen notwendigen Ausbau des Ökolandbaus. Als Konsequenz der Globalisierung wird immer mehr Güterverkehr auf die Straßen gebracht. Mit der »Naturschutzgesetznovelle« gibt die CDU die erkämpfte Naturschutzgesetzgebung, Instrumente des Ressourcenschutzes und Partizipation von Umweltschutzverbänden auf. DIE LINKE steht für eine soziale und ökologische Erneuerung Hessens.

Energieversorgung und Klimaschutz sozial und ökologisch gestalten

Die klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. DIE LINKE setzt sich konsequent für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die Energiewende und der Klimaschutz sind keine Fragen des technisch Machbaren, sondern des politischen Willens.

In Deutschland erzeugen Kohle- und Gaskraftwerke über 45 Prozent des

CO₂-Ausstoßes zur Stromproduktion. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Anteil des Kohlendioxidausstoßes pro erzeugte Kilowattstunde drastisch reduziert werden. Dies kann nur durch den Einsatz energieeffizienter Technik und Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus: Hessen und Bayern sind die einzigen Bundesländer, deren CO₂-Ausstoß gestiegen ist.

Hessen ist mit einem Anteil von 5 Prozent erneuerbarer Energien an der Stromproduktion Schlusslicht in Deutschland. Der Bundesdurchschnitt lag 2007 bei 15 Prozent. Das ist die energiepolitische Bilanz der Regierung Koch. DIE LINKE nimmt den Klimaschutz und damit den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ernst und ist entschieden gegen den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke bei Staudinger, der Ingelheimer Aue oder anderswo.

Energiewende

Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch drastisch gesenkt werden. Eine nahezu hundertprozentige Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien bis 2020 ist möglich. Bis 2050 ist dies auch für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung.

DIE LINKE unterstützt die Energiehoheit der Gemeinden. Wer den Strom verbraucht, muss auch bei dessen Erzeugung und Verteilung mitreden können, d.h. privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der

Gemeinden überführt werden. Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht, der Landnutzung aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es, mehr Demokratie wagen. Nutzungskonflikte bei der Einführung regenerativer Energien müssen regional bearbeitet werden. In Kommunen und in Landkreisen brauchen Bürgerinnen und Bürger mehr Mitspracherecht. Entscheidungsgrundlage ist ein zu erstellendes landesweites Energiekataster mit allen relevanten Daten über den gegenwärtigen Energieverbrauch.

Kommunen und die Landesverwaltung müssen bei dem Umstieg auf regenerative Energien vorangehen. Die kommunalen Kläranlagen sind beispielsweise für 20 Prozent des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Durch die Verwertung zusätzlicher Bioabfälle können aus den Stromfressern Stromlieferanten werden. Kein Kindergarten, keine Universität, kein Verwaltungsgebäude, kein Stadtbus und keine Kläranlage darf bis 2020 noch Energie aus fossilen Quellen beziehen.

Nur knapp 40 Prozent des in Hessen verbrauchten Stroms werden auch im Land produziert. Die hessische Energieversorgung kann nicht ausschließlich in den Grenzen Hessens organisiert werden. Für eine versorgungssichere, umweltschonende und preisgünstige Energieversorgung müssen erneuerbare Energien schwerpunktmäßig an ihren jeweils optimalen Standorten eingesetzt werden.

Für Hessen liegen die Schwerpunkte bei der Nutzung von Windenergie (Windkraftanlagen auf 0,5 Prozent der Fläche Hessens würden 35 Prozent des Strombedarfs decken), Wasser und

Biomasse aus Abfällen oder nachhaltigem Anbau. Es darf zu keiner preistreibenden Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion in der Landwirtschaft kommen.

DIE LINKE setzt sich für eine sinnvolle Kombination von dezentraler Energieversorgung und der Energieerzeugung in Großanlagen wie Offshore-Windparks und Sonnenkraftwerken ein. Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue zusätzliche, zukunftsichernde Arbeitsplätze. Die CDU fordert den Bau neuer Kohlekraftwerke und verhindert so die dringend notwendige Energiewende.

Monopolstrukturen beseitigen

Die vier großen Konzerne RWE, E.ON, Vattenfall Europa und EnBW verfügen über 80 Prozent der Kraftwerke und 95 Prozent der Stromnetze in Deutschland. Dieses Oligopol bestimmt die Art der Energieerzeugung und ist für die hohen Preise verantwortlich.

Wegen der hohen Gewinne (10 Milliarden Euro Gewinn in 2006) setzen die mächtigen Konzerne auf Kohle- und Atomstrom und arbeiten gegen die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Klimaschutzziele.

Deshalb muss die bestehende Monopolstruktur aufgebrochen und deren Stromerzeugung und -verteilung in öffentliches Eigentum überführt werden. Das erst ermöglicht die Durchsetzung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger und gleichzeitig die Kontrolle für eine soziale Preisgestaltung.

DIE LINKE. Hessen steht für die Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum.

Kraft-Wärme-Kopplung

Wenn die KWK nicht mit biogenen Energieträgern betrieben wird, trägt auch sie zum Treibhauseffekt bei. Die KWK mit Erdgas und Öl ist für DIE LINKE eine zu vermeidende Übergangstechnologie. Der limitierende Faktor bei der KWK ist der Wärmebedarf. Bei guter Dämmung der Gebäude wird dieser zukünftig stark abnehmen. Um keine staatliche subventionierten Überkapazitäten zu schaffen, muss sich der Einsatz der KWK nach Wärmebedarfsprognosen richten.

Atomkraft ist keine Alternative

Weltweit werden nur 3 Prozent des Energiebedarfs aus Kernkraft gedeckt. Wie die fossilen Energieträger gehen auch die Uranvorräte zu Ende und Deutschland ist zu 100 Prozent von Importen abhängig.

Atomkraft ist nicht billig: Der Bau der Kraftwerke wurde subventioniert und die Kosten der immer noch nicht geklärten Endlagerung für eine Millionen. Jahre werden auf die Allgemeinheit umgelegt. Atomkraft ist nicht klimaschonend: Durch den energieintensiven Uranabbau wird für jede Kilowattstunde Atomstrom 126 g CO₂ freigesetzt. Zum Vergleich: Bei Windenergie sind es nur 22 g.

Auch für die Atomkraft gilt: Die Gewinne streichen die Konzerne ein, die Risiken und Kosten müssen wir alle tragen. DIE LINKE. Hessen lehnt die Risikotechnologie Atomkraft ab. Die Atommeiler bei Biblis müssen schnellst möglich stillgelegt werden!

Energiewende wirkt nachhaltig friedenssichernd

Die weitere Verwendung von knapper werdenden fossilen Energieträgern zieht immer härtere Verteilungskämpfe nach sich. Heute mit steigenden Preisen und morgen mit Waffengewalt.

Die Energiewende wird länderübergreifend einen partnerschaftlichen Umgang miteinander ermöglichen – zum Wohle aller Beteiligten.

DIE LINKE fordert:

- Die Überführung der Energiewirtschaft in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum;
- Die sofortige Stilllegung von Biblis A;
- am Atomausstieg ist festzuhalten;
- Stopp des geplanten Baus von Block VI und deutliche Verringerung des CO₂-Ausstoßes des Steinkohlekraftwerkes Staudinger; kein Neubau in der Ingelheimer Aue;
- Forschungs- und Förderinitiativen für Investitionen in verbesserte Energieeffizienz;
- Beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energiequellen; eine Stromversorgung von 100 Prozent soll bis 2020, eine Vollversorgung bis zum Jahr 2050 erreicht werden;
- Ein Wärmegesetzes, das für Neubauten den verbindlichen Einsatz regenerativer Energien regelt.

Der Werra droht der Kali-Tod

Der Kali-Konzern K+S betreibt mit dem Kaliabbau in Osthessen Gewässerverschmutzung und Trinkwassergefährdung. Verpressungen von Salzlauge aus Haldenabwässern und Produktion in Gesteinsschichten sowie die Einleitung von Salzlauge in die Werra sind auch

angesichts der europäischen Wasserrahmenrichtlinie nicht weiter hinnehmbar. Daher lehnen wir den Bau einer Pipeline von Neuhof bei Fulda zur Einleitung von Haldenabwässern in die Werra ab.

Die Auswirkungen der Salzlaugeeinleitung in die Werra betreffen alle Städte und Gemeinden entlang der Flüsse Fulda, Werra, Weser und haben überregionale Bedeutung, zumal auch andere Bundesländer betroffen sind.

Im Zeitraum von 1999 mit 2006 hat sich der Kurs der K+S Aktie verachtfacht. Die Profite klettern ins Unermessliche, aber der Konzern ist der Meinung, die Beseitigung der Umweltschäden solle die Gesellschaft tragen: Gewinne werden privatisiert, Umweltschäden verstaatlicht. Das ist die Politik der K+S AG. Wir wollen eine andere Politik.

Die Einigung aller vier bisher im Landtag vertretenen Parteien auf neue Vertragswerke mit der K+S AG, die weitere Einleitungen vorsehen, können wir nicht nachvollziehen.

Wir setzen uns ein für:

- Stopp der Einleitungen in die Werra und Stopp der Laugenversenkung;
- Rückzahlungsverpflichtung von staatlichen Geldern wegen des Verstoßes gegen das Werra-Entsalzungsabkommen;
- Einrichtung einer öffentlich kontrollierten Stiftung, in die Anteile aus den Profiten eingezahlt werden müssen, um spätere Umweltschäden aus dem Kalibergbau zu beseitigen;
- Verfüllung der Halden in die Bergbaustollen;
- Nutzung der Haldenmaterialien, die lediglich wegen der zu geringen Profite an der Verwertung aufgetürmt werden.

Weigert sich die K+S AG, diese und andere Maßnahmen zur Sicherung der Umwelt und des Allgemeinwohls zu ergreifen, sollten die Möglichkeiten der Hessischen Verfassung angewendet werden.

Keine Erweiterung der hessischen Flughäfen

DIE LINKE kämpft gemeinsam mit vielen Menschen gegen den weiteren Ausbau der Flughäfen Frankfurt Rhein-Main und Kassel-Calden. Bereits heute ist in der Region rund um den Flughafen Frankfurt Rhein-Main die zumutbaren Grenzen der Belastung überschritten. Eine Erhöhung der Umweltbelastung lehnen wir ab. Um den Mobilitätsbedürfnissen Rechnung zu tragen, wollen wir ein effizientes, integriertes Verkehrskonzept zwischen ÖPNV, Schienen und Flugverkehr auf europäischer Ebene. Große Teile des innereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene verlagert werden. Die Flughäfen können miteinander kooperieren, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu maximieren.

Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht krank. Das belegen Studien aus der Lärmwirkungsforschung eindeutig. Geht die rasante Steigerung der Flugbewegungen so weiter, wird der Luftverkehr in wenigen Jahren Klimakiller Nummer Eins sein.

Unbestreitbar ist, dass z. B. der Flughafen Rhein-Main für die Region eine enorme wirtschaftliche Bedeutung hat. Aber bei der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für Mensch und Natur muss eine Grenze gezogen werden. Wir wissen, dass die Aussagen von Flughafenbetreiber wie Landesregierung nicht glaubwürdig sind. So haben sich die Arbeitsplatz-

prognosen über die »Jobmaschine Flughafen« als völlig unhaltbar erwiesen. Hier wurde mit von der Fraport AG bestellten und bezahlten Gefälligkeitsgutachten gearbeitet. Trotzdem halten SPD, CDU und FDP auf Biegen und Brechen am Ausbau fest – zu Lasten der Bevölkerung.

DIE LINKE fordert:

- Stopp des Flughafenausbaus Frankfurt Rhein-Main und die Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses durch unabhängige Sachverständige. Der PFB muss zurückgezogen werden;
- Ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr;
- Kein Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Das Geld muss in nachhaltige Projekte in der Region investiert werden;
- Die Verringerung der Belastungen durch Fluglärm und Luftverschmutzung;
- Die Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs.

Bahn und ÖPNV müssen besser und billiger werden

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr, insbesondere der Individualverkehr, führt zugleich zu Umweltproblemen wie Belastung durch Feinstäube, Emission von Treibhausgasen oder Verkehrslärm. Durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel werden auf vielen regionalen Bahnstrecken die Zugtaktung gestreckt, wichtige Verkehrsprojekte verschoben und Bahnstrecken stillgelegt.

Der Öffentliche Personennahverkehr ist auch Arbeitsplatzgeber für Tausende Menschen in Hessen. Gerade diese Menschen haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie die neoliberale Politik der Koch-Regierung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Der Versuch, zwangsweise in Hessen Ausschreibungen vorzuschreiben, hat zu Lohnsenkungen geführt. Die Beschäftigten wehren sich und kämpfen um ihr Auskommen und ihre Arbeitsplätze. Dieser Kampf kann aber nur gewonnen werden, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen ändern. Wir treten für ein Tarifreugesetz ein, welches alle Verkehrsunternehmen verpflichtet, hessenweit nur noch einen Tarifvertrag anzuwenden.

DIE LINKE fordert:

- Keine Privatisierung der Deutschen Bahn;
- Stopp von Strecken-Stilllegungen der Deutschen Bahn;
- Ausbau des ÖPNV zu einem umfassenden Mobilitätsangebot für die Nutzung im Berufsverkehr und in der Freizeit;
- Preiswerte ÖPNV-Angebote für alle Menschen mit einer hessenweit gültigen HessenCard und Nulltarife in den Innenstädten.

Stärkung des ÖPNV

DIE LINKE. Hessen ist der festen Überzeugung, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge eine Mobilitätsgarantie erhalten müssen, um nicht nur in den Ballungsräumen auch ohne eigenes Auto ausreichende Angebote für Verkehrsleistungen beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu erhalten.

Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die immer stärkeren Belastungen des ÖPNV, hervorgerufen durch neoliberale Entscheidungen auf Bundesebene, nicht nur zurückgeführt, sondern darüber hinaus auch noch abgebaut werden. Dazu gehören besonders die Regionalisierungsmittel des Bundes, die zukünftig massiv aufgestockt werden müssen. Weiterhin sollen einer sinnvollen und zukunftsweisenden Verkehrspolitik entgegenstehende Steuerbelastungen des ÖPNV – besonders die Mehrwert- und die Treibstoffsteuer – zumindest reduziert, besser noch, abgeschafft werden.

Die Verkehrsbelastung für die Menschen reduzieren

Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen die Lkw-Transporte und der motorisierte Individualverkehr zu. Im Transportwesen ist insbesondere seit der EU-Osterweiterung die Hauptursache dafür in den Warenströmen von Roh-, Halb- und Fertigprodukten zu sehen.

Eine Forderung nach Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht hinreichend. Auch die Raumordnungsplanung muss so geändert werden, dass lärmintensive Fernverkehrs-Trassen nicht durch Wohngebiete geführt werden.

DIE LINKE fordert:

- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Vermeidung von unsinnigen bzw. vermeidbaren Transportfahrten;
- Neue Logistikkonzepte zur Verlagerung des Güterverkehrs von Autobahnen und autobahnge rechter Anbindung hin zu Schienenverkehr und Güterbahnhöfen;

- Integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichten Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote;

- Tempo 130 Höchstgeschwindigkeit für Pkw auf allen hessischen Autobahnen;

- Förderung eines umweltfreundlichen Individualverkehrs (z. B. Radverkehr), bei dem ausschließlich regenerative Energien genutzt werden;

- Förderung des Carsharings durch Unterstützung einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zugunsten von Carsharing-Stationen im öffentlichen Straßenraum;

- Kommunale Projekte zur Ausweitung des Radverkehrs wie z. B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-Mitnahmemöglichkeiten in ÖPNV;

- Kommunale Projekte zur optimalen Vernetzung von Radverkehr, motorisierten Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb.

Für ökologischen Landbau und gentechnik

Die aktuelle Landwirtschaftspolitik trägt zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen bei. Der ökologische Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft. Zudem steigt die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln.

Zwei Entwicklungsperspektiven für die hessische Land- und Forstwirtschaft wollen wir besonders fördern:

- Eine schrittweise Hinführung aller landwirtschaftlichen Betriebe zu umweltverträglicheren Produktionsformen;

- Die Erarbeitung und Anschubfinanzierung genossenschaftlicher Modelle, z. B. im Bereich der Arbeitgeberzusammenschlüsse (AGZ).

DIE LINKE. Hessen hält an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich der räumlichen Disparitäten ein. Unser Steuerkonzept beinhaltet eine deutliche Erhöhung und Verstetigung der Einnahmen strukturschwacher Kommunen.

Mit einer überwältigenden Mehrheit lehnen die Menschen in Deutschland gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Dennoch streicht die CDU-Regierung die Förderungen des ökologischen Landbaus und bevorzugt den industriellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und chemieintensiver Monokulturen von Energie- und Futterpflanzen. Flächenkonkurrenz ist die Folge, die verbrauchernahe Versorgung wird gefährdet und letzte bäuerliche Strukturen werden zerstört.

Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die agro-gentechnikfreie Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden. Eine Einschränkung des Standortregisters ist für uns inakzeptabel. Der Deklarationsgrenzwert muss zum Schutz der Verbraucher von 0,9 auf 0,1 Prozent gesenkt werden.

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die die regionale Wertschöpfung befördert, existenz-

sichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

Preise für konventionell erzeugte Lebensmittel müssten die Kosten für die Beseitigung der Folgen ihrer Herstellung enthalten (z. B. Trinkwasseraufbereitung, Hochwasserschutz u.a.). Dann wären biologische Lebensmittel heute schon billiger als konventionell erzeugte.

Die für die Landwirtschaft gezahlten Subventionen sind völlig undurchsichtig verteilt. Es gibt nur zwei vermittelbare Gründe, die Landwirtschaft zu subventionieren, einmal die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Die jetzige Form bewirkt genau das Gegenteil, nämlich Rationalisierung, also Arbeitsplatzabbau. Zum zweiten, die Honorierung für das Erbringen von ökologischen Leistungen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die von der EU geforderte Transparenz muss auch in Deutschland eingeführt werden.

Für die landwirtschaftliche Sozialversicherung bringt der Strukturwandel in der Landwirtschaft große Probleme. Dieses bisher eigenständige System muss in die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung integriert werden.

DIE LINKE fordert:

- Stärkung des ökologischen Landbaus;
- Regionale Vermarktung von Agrarprodukten;
- Sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft;

- Einbeziehung von Folgekosten des Einsatzes von Kunstdünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln in die Preise für konventionelle Lebensmittel;

- Eingliederung der bisher selbstständigen Sozialversicherung für Landwirte in die gesetzliche Sozialversicherung;

- Kein Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft;

- Agrokraftstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau kommen;

- Ein Importmoratorium für nicht nachhaltig erzeugte Agrokraftstoffe: Es darf zu keiner Anbaukonkurrenz zwischen Tank und Teller kommen – weder in Hessen noch anderswo.

Wald- und Forstwirtschaft als Ressourcenschutz

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die hessischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr Zustand besorgniserregend. DIE LINKE tritt für die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus, ein.

Auf Landesebene wird sich DIE LINKE für strengere Luftreinhaltemaßnahmen einsetzen. Eine rein betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Dazu tragen auch die ausweitenden Dumpinglöhne im Bereich des Hessischen Landesbetriebs Forst bei, die eine sorgsame Waldbewirtschaftung untergraben. Die Forstverwaltung in Hessen ist durch Kochs »Operation Sichere Zukunft« von dem Personalabbau stark betroffen. Die dem Landesbetrieb Hessen Forst übertragenen

gesetzlichen Aufgaben im Bereich des Umweltlernens sowie Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Schutz-Erholungsfunktionen des Waldes können nicht mehr adäquat wahrgenommen werden. DIE LINKE fordert deshalb einen massiven Stellenausbau, die Forstbetriebe müssen wieder mehr ausbilden. Reguläre Tarifverträge müssen mit den Gewerkschaften abgeschlossen und eingehalten werden. Darüber hinaus steigt der Druck, Waldholz als neue Rohstoffquelle und als Ersatz für abnehmende Öl- und Gasvorräte einzusetzen. Es besteht die Gefahr, dass große Investoren längerfristig profitable Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft anstreben. DIE LINKE lehnt deshalb Privatisierungen von Staats- und Kommunalwäldern ab.

Tierschutz

Tiere sind in unserer Gesellschaft als »Produktionsfaktor« der Ausbeutung durch Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden.

Wir fordern daher, den Tierschutz als Staatsziel auch in der Landesverfassung zu verankern. Dies muss einhergehen mit der Forderung nach einem Verbandsklagerecht. Dies ist seit der Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz längst überfällig.

VI. Endlich mehr Demokratie wagen

Volksbegehren und Volksentscheid

Demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen über die Belange der Allgemeinheit ist für DIE LINKE ein Eckpfeiler einer anderen Politik. Mehr direkte Demokratie erweitert die Möglichkeit und die Bereitschaft zur Mitgestaltung in der Gesellschaft.

Wir treten deshalb dafür ein, wirksame Formen direkter Beteiligung in Gemeinden, Landkreisen und auf Landesebene einzuführen. Das soll auch für Themen gelten, die auf europäischer Ebene entschieden werden, auf die die Landesregierung aber über den Bundesrat Einfluss nehmen kann.

Die hessischen Regelungen zur direkten Demokratie und Mitentscheidung der Bevölkerung sind bundesweit die schlechtesten. Die formalen Hürden sind so hoch, dass bisher jede landesweite Initiative scheiterte. Nur die Volksklage gegen die Studiengebühren vor dem Staatgerichtshof konnte durch einen einmaligen Kraftakt aller Beteiligten formgerecht eingereicht werden.

DIE LINKE. Hessen tritt deshalb ein für:

- Senkung der Unterschriftenzahl auf 3000 Unterschriften für einen Antrag auf Volksbegehren;
- Senkung des Unterschriftenquorums zur Einleitung eines Volksbegehrens von 20 Prozent auf 4 Prozent der Wahlberechtigten;
- Ausdehnung der Frist zur Sammlung der Unterschriften auf acht Monate;
- Bei Volksentscheiden soll die einfache Mehrheit der Stimmen ohne Quorum entscheiden;

■ Die Beglaubigung der Unterschriften muss kostenfrei durch jede Dienststelle führende Stelle vorgenommen werden können; eine personenbezogene Datenerfassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist zwingend zu untersagen;

■ Es wird eine Regelung für eine Abstimmungskostenerstattung für die Initiatoren eingeführt.

Bürgerrechte und Mitbestimmung ausbauen

Im Mittelpunkt der Debatte um die »Innere Sicherheit« steht auch in Hessen die Gefährdung durch den »Terrorismus«. Persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig unbestimmten Begriff der »Gefahrenabwehr« massiv eingeschränkt werden. Schleierfahndung, Internetüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, verdachtsunabhängige Kontrollen sind die Stichworte. Neuerdings wird sogar die Frage diskutiert, ob es den Strafverfolgungsbehörden erlaubt sein soll zu foltern und ob die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden darf. Doch mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates und der Militarisierung der Innenpolitik kann die Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland nicht reduziert werden, da diese Gefahr im Wesentlichen erst durch Bundeswehreinätze in aller Welt, insbesondere in Afghanistan, heraufbeschworen worden ist. Da »innere und äußere Sicherheit nicht zu trennen« sind (Merkel), tritt DIE LINKE für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.

DIE LINKE lehnt alle Versuche – unter dem Vorwand, die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen – Freiheiten zu beschneiden, entschieden ab.

Das Land Hessen investiert hohe Summen in neue Gerichtsgebäude, gleichzeitig werden kaum neue Richterstellen geschaffen. Vor allem die Arbeits- und Sozial-Richterinnen und -Richter sind aufgrund des desolaten Zustandes auf dem Arbeitsmarkt und den Hartz IV-Gesetzen einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt.

In Hessen macht der neoliberale Privatisierungswahn nicht einmal vor den Strafanstalten halt. Eine Teilprivatisierung von Gefängnissen wie beispielsweise in Hünfeld, lehnen wir ab. Strafverfolgung und Strafvollzug müssen Aufgabe des Staates bleiben.

DIE LINKE fordert:

- Mehr Richter- und Richterinnenstellen an den hessischen Arbeits- und Sozialgerichten;
- Bei Anfechtungen von Bescheiden der öffentlichen Verwaltung die Kostenfreiheit des Widerspruchsverfahrens und des Anhörungsverfahrens nach der alten Regelung;
- Rücknahme und Stopp aller Privatisierungen im hessischen Strafvollzug;
- Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels im hessischen Strafvollzug;
- Eindeutige Einhaltung des grundsätzlichen Folterverbots.

Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst ausbauen herstellen

Die CDU-geführte Landesregierung und die entsprechende Landtagsmehrheit haben von 1999 bis 2007 durch

zahlreiche Änderungen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalvertretungen beim Land, den Städten und Gemeinden wie der öffentlichen Einrichtungen zu Lasten der rund 240 000 Beschäftigten massiv abgebaut und ausgehöhlt. Darüber hinaus wurden auch erhebliche strukturelle Veränderungen zum Nachteil der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen vorgenommen.

Das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) galt noch in den 1980er Jahren als das mitbestimmungsfreundlichste Landesgesetz in Deutschland, mit weitreichenden Rechten der Personalvertretung und der Beschäftigten.

DIE LINKE fordert:

- Der bewährte Mitbestimmungsstandard der Personalräte in Hessen ist zur effektiven Wahrnehmung der sozialen und arbeitsplatzbezogenen Interessen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und zu einem fairen Ausgleich mit den dienstlichen Belangen wieder herzustellen und auszubauen. Dazu ist das HPVG umfassend auf der Grundlage gewerkschaftlicher Forderungen zu novellieren.

Datenschutz und Privatsphäre

Durch die neuen Medien und die verstärkte Nutzung des Internets ergeben sich neue Chancen auf freie, unzensurierte Information und Diskussion, aber auch ernste Gefahren für die Freiheit des Einzelnen. Die neue Technik ermöglicht den Behörden und Geheimdiensten, aber auch Arbeitgebern und Konzernen, die totale Überwachung und die Schaffung des gläsernen Bürgers.

Umso wichtiger wird der Schutz der Privatsphäre. Auch das Bundesverfassungsgericht hat diese Notwendigkeit in seinem Volkszählungsurteil von 1983 anerkannt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung formuliert.

Bundesregierung und Hessische Landesregierung ignorieren jedoch dieses Urteil zunehmend und tun nichts, um die Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über die Speicherung und Nutzung ihrer persönlichen Daten zu stärken. Im Gegenteil betreiben sie unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung die totale Überwachung von Telefon, Internet und E-Mail und propagieren teilweise offen die Abschaffung von im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechten.

Demgegenüber hat DIE LINKE auch in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte erkannt, dass die freie Entwicklung jedes und jeder Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit Aller ist. Die Einschränkung von Freiheitsrechten, Privatsphäre und Datenschutz schafft nicht mehr Sicherheit, sondern ist längst eine viel größere Bedrohung für die Demokratie als Terrorismus und Kriminalität. Wir verteidigen aktiv die durch Grundgesetz und Volkszählungsurteil garantierte Selbstbestimmung der und des Einzelnen.

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung konkret:

- Rechtsmittel gegen die EU-Richtlinien zur Vorratsdatenspeicherung;
- Gesetzesinitiativen im Bundesrat gegen den Überwachungsstaat;
- Anwendung des Briefgeheimnisses auf elektronische Kommunikation: Die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden ist grundsätzlich

nur in Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig; Einführung eines Anspruches aller Bürger auf kostenlose Auskunft und Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken;

- Stärkung und erleichterte Durchführung des Auskunftsrechts gegenüber Behörden und staatlichen Organen;
- Förderung von Anonymisierungsdiensten im Internet;
- Aufhebung der Anonymisierung nur nach richterlicher Anordnung;
- Daten und Medien, die mit Steuergeldern erstellt wurden, müssen grundsätzlich allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zur nichtkommerziellen Nutzung zur Verfügung stehen;
- Stärkung der Rechte von Datenschutzbeauftragten und ihrer Unabhängigkeit gegenüber Weisungen;
- Schluss mit der Kriminalisierung von File-Sharing-Netzwerken und Tauschbörsen. Stärkung des freien Informationsaustausches und des Rechts auf Privatkopie; gleichzeitig besserer Schutz von AutorenInnen, KünstlerInnen und ProgrammierInnen gegen Niedriglöhne und kommerzielle Ausbeutung durch Medienkonzerne und Auftraggeber;
- Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet gegen ausufernde Abmahnungen und Unterlassungsklagen durch finanzstarke Konzerne und Interessenverbände.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Städte und Gemeinden sind unsere Lebensumwelt. Hier wollen sich die Menschen wohl fühlen, hier können sich viele engagieren. Ihre Vernachlässigung ist Vernachlässigung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie brauchen stabile Einnahmen und eine bessere Finanzausstattung. Durch die Kommunen und Landkreise werden ganz wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge erbracht, für die ein zu geringer Anteil der öffentlichen Mittel zur Verfügung steht. Vor allem ländliche Regionen müssen stärker gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht immer mehr Menschen diese Regionen verlassen.

DIE LINKE fordert:

- Die Re-Kommunalisierung aller privatisierten Produktions- und Dienstleistungsbereiche, wie beispielsweise des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wasser- und Energieversorgung sowie Schwimmbäder;
- Auf Landesebene diesen Prozess der Re-Kommunalisierung nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell zu fördern.

Kommunalpolitik berührt die Menschen unmittelbar. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen besonders gering. Das ist auch eine Folge von zu geringen Entscheidungskompetenzen der Kommunen und von zu wenig BürgerInnenbeteiligung vor Ort.

Der Benachteiligung der jungen Generation, von Frauen und insbesondere von Menschen ausländischer Herkunft muss auch dadurch entgegengewirkt werden, dass deren Einfluss in

den kommunalen Körperschaften erhöht wird.

Vor allem junge Menschen müssen politisch ernst genommen werden und mehr demokratische Rechte erhalten. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, das Kommunalwahlrecht auf 16 Jahre zu senken, wie es in vielen Bundesländern schon üblich ist.

Ferner sollen Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene ihre eigenen Ausschüsse oder Jugendparlamente schaffen können, die Rede- und Antragsrechte in den Kommunalparlamenten haben.

DIE LINKE fordert:

- Die Erweiterung der Rechte von Ortsbeiräten und AusländerInnen-Vertretungen; n die Einführung von Informations- und Rechenschaftspflicht der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger;
- Die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der kommunalen Haushalte direkt zu beteiligen (Bürgerhaushalte).

Nein zu dieser Föderalismusreform

Die von der CDU-Landesregierung betriebene Föderalismusreform führt zu einem Rückfall in die deutsche Kleinstaaterei. Sie dient dem Abbau sozialer Rechte, z. B. der Mitbestimmungsrechte und der Verschlechterung der Ladenschlusszeiten sowie dem Abbau des Naturschutzes. Reiche Bundesländer können die Ansiedlung von Unternehmen stärker fördern als arme. Das führt zu einer weiteren Konzentration der Wirtschaftskraft statt zu einer gleichmäßigen Förderung der Regionen.

DIE LINKE fordert:

- Beendigung der ruinösen Standortkonkurrenz;
- Einen solidarischen Länderfinanzausgleich;
- Eine antizyklische Konjunkturpolitik;
- Die Ablehnung der Föderalismusreform II, die u. a. eine verbindliche Verschuldungsgrenze der Länder nach dem Maastricht-Modell vorsieht.

Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik

Nach mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte ist festzustellen, dass Migrantinnen und Migranten noch immer vielfachen gesellschaftlichen Ausgrenzungen ausgeliefert sind. In der bundesdeutschen Realität sind die Migrantinnen und Migranten oft in ihrer Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt überwiegend mit niedrigen Tätigkeiten betraut und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

Der überwiegende Teil der Migrantinnen und Migranten hatte keinerlei Bildungschancen. Für die jeweils nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative Entwicklung nahtlos fort. Dies ist zentral die Folge einer verkehrten und die Realität verleugnenden Politik. Hessen braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte und unkonventionelle Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebenschancen für die Migrantinnen und Migranten eröffnet.

Wir fordern eine Politik, die alle in Hessen lebenden Menschen in ihrer Vielfalt gleichbehandelt und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert. Die Komplexität des Themas

Integration wurde in der hessischen Politik noch nicht verstanden.

Wir verstehen unter Integration die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Wir lehnen die Reduktion des Begriffes der Integration auf ein bloß kulturelles Phänomen ab. Integration auf den Kulturbegriff zu reduzieren, begünstigt die gesellschaftliche und politische Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten.

Ministerium für Migration und Integration

DIE LINKE fordert die Einrichtung eines »Ministeriums für Migration und Integration« mit dem Ziel, ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept zu erarbeiten, dieses auf allen Ebenen des Landes Hessen umzusetzen und die Umsetzung in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Im Rahmen dieses Konzeptes sollten neue Wege mit allen Beteiligten verabredet und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der ministeriellen Arbeit soll darin liegen, als Ansprechpartner für alle Privatpersonen, Vereine und Institutionen zu dienen, welche sich mit den Themen Migration und Integration auseinandersetzen.

Chancengleichheit verwirklichen

Die Migrantinnen und Migranten sind von Sozialabbau und Neoliberalismus besonders hart betroffen. Durch Hartz IV ist der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem wird die Einbürgerung erschwert, und

im Extremfall droht die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis!

Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind Bestandteile der allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Sie wirken auf Migrantinnen und Migranten in besonderem Maße negativ, da ihnen oft einseitig die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben wird. Wir sind gegen jede Politik, die Zuwanderer und Einheimische spalten will.

Der Öffentliche Dienst muss Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben werden. Eine stärkere interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist anzustreben. Die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst muss verstärkt gefördert werden. Die Arbeitsmarktpolitik soll auf die Wiedereingliederung niedrig qualifizierter Menschen ausgerichtet werden.

In Institutionen wie Krankenhäusern, Beratungsstellen und Gefängnissen müssen mehr Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz und Migrationshintergrund eingesetzt werden. Die Kompetenzen aller in diesem Bereich Tätigen müssen mit Fortbildungen stets weiterentwickelt werden.

Der Unterversorgung von Migrantinnen und Migranten im Bereich der psychosozialen Beratung und der psychotherapeutischen Betreuung ist durch eine gezielte Ausbildung und die Einrichtung entsprechender Stellen entgegenzuwirken.

Bei Jugendlichen herrscht Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Deshalb müssen Beratungsstellen und Berufsfördermaßnahmen für Frauen und Jugendliche ausgebaut werden. Besonders Frauen und Mädchen müssen, damit sie

ein eigenständiges Leben führen können, durch Berufsbildungsprogramme und institutionelle Unterstützung in ihrem Alltag gestärkt werden.

Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten hat längst das Rentenalter erreicht. Immer mehr Migrantinnen und Migranten bedürfen der Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen. Wir fordern, dass muttersprachliche Beratungsstellen nicht weiter zurückgefahren, sondern im Hinblick insbesondere auf die Gruppe der Senioren ausgebaut werden.

Sie gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und ungelernt, unter anderem auch deswegen, weil ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse aus ihren Herkunftsländern nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht anerkannt werden. Dadurch werden in der Gesellschaft vorhandene Ressourcen verschleudert. Die Akzeptanz ausländischer Bildungsabschlüsse muss deshalb erhöht und für qualifizierte Migrantinnen und Migranten sollen verstärkt Anpassungsfortbildungen entwickelt und angeboten werden.

Wir fordern eine positive Öffentlichkeitskampagne zum Allgemeinen Gleichstellungsgesetz und die Einrichtung einer Hessischen Antidiskriminierungsstelle.

Unter diesem Punkt sind auch die kommunale Wohnungspolitik und Projekte, wie die »Soziale Stadt«, sehr wichtig, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen erweitert und unterstützt werden sollten.

Politische Partizipation als eine Demokratiefrage

Wer politisch nicht die gleichen Rechte hat, der steht außerhalb der staatlichen Gemeinschaft. Wir, DIE LINKE. Hessen, erheben die Forderung Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, beginnend mit der Kommune.

Denn besonders auf der kommunalen Ebene ist es notwendig, Migrantinnen und Migranten intensiv in die Politik einzubinden. Es ist undemokratisch, eine enorm große Zahl von Menschen zu Bürgern 2. Klasse zu machen.

Weiterhin sind wir dafür, dass diskriminierende Einbürgerungstests abgeschafft werden und die Einbürgerung erleichtert wird. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach dreijährigem Aufenthalt ohne Verzicht auf die bisherige Staatsangehörigkeit. Kinder aus binationalen Ehen sowie Migrantinnen und Migranten aus Staaten, die eine Rückgabe der Staatsbürgerschaft ablehnen, besitzen bereits die doppelte Staatsbürgerschaft, ohne dass daraus Probleme entstehen.

Alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Staatsbürgerinnen und -bürger bei denen zumindest ein Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis besitzt oder nach Antragstellung erhält, müssen »automatisch« die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Wir lehnen jede Politik ab, die Versäumnisse in der Integration und die geschaffenen sozialen Probleme dadurch lösen will, dass sie die Betroffenen in den Staat ihrer formalen Staatsangehörigkeit deportiert.

Wir fordern deshalb ein absolutes und sofortiges Ausweisungsverbot für Jugendliche und Heranwachsende. Wir fordern ein absolutes Absehen von

Ausweisung nach fünfjährigem Aufenthalt in der BRD. Statt der durch den Deutschen Bundestag im Juli 2007 beschlossenen Erschwerung des Zuzugs von Ehepartnern fordern wir die unbehinderte Nachzugsmöglichkeit für Ehepartner und den ausländischen Elternteil eines in Deutschland lebenden Kindes. Die Nachzugsmöglichkeit muss uneingeschränkt für alle Kinder unter 18 Jahren gelten.

Allen Menschen mit Aufenthaltserlaubnis und Flüchtlingen im Asylverfahren muss die Möglichkeit zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit eingeräumt werden.

Flüchtlinge brauchen Schutz – das Recht auf Asyl erhalten

So lange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Den restriktiven Abbau der Asylrechte nehmen wir nicht länger hin.

Die Kettenduldung muss abgeschafft und jede Abschiebung von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Wir fordern den sofortigen Erlass einer stichtagsunabhängigen Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge und Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus. Auch treten wir für die Abschaffung des zutiefst inhumanen Flughafenverfahrens und des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, damit Flüchtlingen die üblichen Sozialstandards zuerkannt werden – einschließlich einer angemessenen medizinischen Versorgung.

Dem Grundrecht auf Asyl muss im Alltag wieder zur Geltung verholfen und dadurch diesen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden. Flüchtlingsschutz ist allen zu gewähren, solange Deutschland für Rückkehrer keine Sicherheitsgarantie geben kann.

Bundesamt und Gerichte ziehen häufig Verfahren in die Länge, um keinen Flüchtlingsschutz zu gewähren. Wessen Verfahren nach 18-monatiger Dauer noch nicht abgeschlossen ist, muss einen Anspruch auf humanitären Aufenthalt bekommen. Das gleiche gilt für alle abgelehnten Flüchtlinge, die wegen Krankheit, sozialem Elend oder Bürgerkrieg im Heimatland nicht sofort zurückkehren können.

Menschen aus der Illegalität holen

In Hessen leben etwa 100 000 Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus. Sie führen ihr Leben in einem rechtlosen Raum. Ihre Situation wird häufig skrupellos ausgenutzt. Sie arbeiten für Hungerlöhne ohne jede soziale Absicherung und sind von jeder Partizipation ausgeschlossen.

Wir treten dafür ein, diese Menschen durch Legalisierungskampagnen aus der Illegalität zu holen.

Wie in Bayern, Bremen und Schleswig-Holstein muss den Kindern mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus der Schulbesuch ermöglicht werden.

Die medizinische Grundversorgung muss für Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus durch die sofortige Streichung der Meldepflicht für Krankenhäuser, Ärzte, Beratungsstellen usw. gewährleistet werden.

Neofaschismus bekämpfen

Die Neofaschisten finden in Hessen Anschluss an nationalistische und rassistische Stimmungen, die sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreiten. Die Landesregierung spielt taktisch mit ausländerfeindlichen Stimmungen. Damit begünstigt sie ein politisches Klima, in dem der Neofaschismus gedeiht. In Hessen haben die ehemaligen »Freien Kameradschaften« die NPD weitgehend übernommen. Diese gemeinsam agierende Szene verbreitet eine aggressive nationalistische, antisemitische, rassistische Ideologie. Dieser Entwicklung wird das staatliche Handeln der Behörden des Landes nicht gerecht. Der Terror, den Neonazis auf den Straßen verbreiten, richtet sich gegen alle, die nicht in das Bild ihrer »Volksgemeinschaft« passen: Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Muslime, Obdachlose, Behinderte oder Linke.

Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass das Land Hessen die Initiative für ein Verbot der NPD unterstützt. Wir fordern, dass das Land Hessen jährlich einen Bericht »Zur Entwicklung der neofaschistischen Szene in Hessen« vorlegt, dessen Ergebnisse in eine Landesinitiative umgesetzt werden. An seiner Formulierung und Umsetzung sind die lokalen und regionalen gesellschaftlichen Initiativen gegen den Neofaschismus zu beteiligen. Alle gesellschaftlichen Initiativen gegen Neofaschisten und Rassisten sind ausdrücklich zu ermutigen und zu unterstützen.

DIE LINKE fordert:

- Den Ausbau der Jugend- und Bildungsarbeit in Hessen, um demokratisches und fortschrittliches Denken und Handeln zu unterstützen;

- Organisatorische und finanzielle Unterstützung von antifaschistischen und antirassistischen Initiativen und Projekten;
- Die Beendigung der Diskriminierung von aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten durch staatliche Stellen – insbesondere der Anwendung von §32 HSOG (Unterbindungsgewahrsam) gegen Nazigeegnerinnen und -gegner.

Friedenspolitik in Hessen

Die Hessische Verfassung, deren 60. Jahrestag im Herbst 2006 begangen wurde, bietet eine hervorragende Grundlage für eine Politik, die die Spirale von Rüstung und Gewalt durchbricht. Sie ist in ihrem ganzen Tenor antifaschistisch, demokratisch, sozial und antimilitaristisch. Aktive Friedenspolitik hat in Hessen Verfassungsrang: »Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.« (Artikel 69, Ziffer 1 und 2)

Der Nutzung der hessischen Infrastruktur für US- und NATO-Einsätze, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr, CIA-Flüge, Waffenhandel usw. setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen. Die Verlegung des Headquarters der US-Landstreitkräfte nach Wiesbaden und den damit verbundenen Ausbau der dortigen militärischen Einrichtungen, die von der Hessischen Landesregierung und Kochs Vertrautem Franz-Josef Jung ausdrücklich begrüßt und vorangetrieben wird, lehnen wir kategorisch ab.

DIE LINKE in Hessen wendet sich ebenso wie im Bund massiv gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern und damit gegen die Aufgabe der rechts-

staatlich gebotenen Trennung von Polizei und Militär. Einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes darf Hessen nicht zustimmen.

Ebenso sagen wir den Plänen unseren Widerstand an, die abgelehnte EU-Verfassung, die u. a. die Mitgliedstaaten zu militärischer Hochrüstung verpflichten soll und deren Parlamente entmündigt, erneut vorzulegen und mit Verfahrenstricks gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger Europas durchzudrücken.

Der drohenden Militarisation von Staat und Gesellschaft setzt DIE LINKE. Hessen die zivile Konfliktbearbeitung, aktive Friedensförderung und globale Zusammenarbeit entgegen. Diesen Zielen soll nach unserem Willen die Einführung einer konsequenten Friedenserziehung in allen Schulen auf der Basis der Hessischen Verfassung dienen.

VII. Finanzierung sicherstellen

DIE LINKE erinnert an die Grundlagen der Hessischen Verfassung: »Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.« (Art.38)

Unsere landespolitischen Forderungen sind finanzierbar. Denn zusätzliche Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben von insgesamt etwa einer halben Milliarde Euro. Die verbleibenden Nettokosten könnten aus den Mehreinnahmen der kommenden Landeshaushalte finanziert werden.

Gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung erwartet der Arbeitskreis Steuerschätzung für das Jahr 2008 zusätzliche Einnahmen (nach Länderfinanzausgleich und Kommunalem Finanzausgleich) von etwa einer Milliarde Euro für Hessen. Zusätzliche Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere Forderungen zur Steigerung der Arbeitnehmereinkommen (insbesondere Mindestlöhne, Tariftreuegesetz, Arbeitsmarktmaßnahmen) durchgesetzt werden. Zudem werden wir Ausgaben im Landeshaushalt umschichten. Insbesondere werden wir auf den Ausbau der hessischen Flughäfen verzichten. Damit werden zusätzliche Finanzmittel für soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen erschlossen. Sparhaushalte auf Kosten der Bevölkerung lehnen wir ab. Die Einnahmeseite muss konsolidiert werden. Dazu bieten

sich weitere Möglichkeiten in der Zuständigkeit der Hessischen Landespolitik:

Betriebsprüfungen der Finanzbehörden führten 2005 bundesweit zu Steuernachzahlungen von insgesamt rund 14 Milliarden Euro. Jeder Betriebsprüfer bringt mehr als 1 Millionen Euro an nachzuzahlenden geschuldeten Steuern. DIE LINKE fordert aus Gründen der Steuergerechtigkeit wie aus Gründen der Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung.

Ziel muss es sein, den Überprüfungsrythmus für Großbetriebe in Hessen von vier bis fünf Jahren für Großbetriebe und von 16 Jahren für Mittelbetriebe auf einen jährlichen Rhythmus für Großbetriebe und fünf Jahre für Mittelbetriebe zu erhöhen.

Die Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich:

Laut Bundeskriminalamt sind zwar nur 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Auf diese 1,7 Prozent entfallen aber 60 Prozent des durch Kriminalität angerichteten Gesamtschadens. Das sind bis zu 500 Milliarden Euro an materiellen, in Geld ausdrückbaren, Schäden jährlich. Die von der LINKEN geforderte verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wird so auch die Staatseinnahmen wesentlich verbessern. DIE LINKE fordert den Ausstieg aus dem Millionengrab Neue Verwaltungssteuerung. Diese hat das Land seit 1998 eine halbe Milliarde Euro gekostet, ein Ende ist nicht abzusehen. DIE LINKE fordert eine Bestandsaufnahme

me der bisherigen Privatisierungsprojekte und echte Wirtschaftlichkeitsvergleiche, um zu prüfen, inwieweit die teuren Sale-and-Lease-Back-, PPP- und ähnliche Projekte wieder rückgängig gemacht und so die Staatsausgaben gesenkt werden können. DIE LINKE wird sich für eine sozial gerechte Steuerpolitik auch auf Bundesebene einsetzen:

Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer und die Erhebung einer Börsenumsatzsteuer plus eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf freiberuflich Tätige würde die öffentlichen Haushalte stabilisieren und Spielräume für eine aktive Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik eröffnen.

Politik mit den Menschen

Wir machen keine Stellvertreterpolitik, sondern Politik mit den Menschen. Wir setzen auf Transparenz, Mobilisierung und Beteiligung der Bevölkerung. Wir unterstützen alle, die sich für eine solidarische, sozial gerechte und friedliche Politik einsetzen. Innerhalb und außerhalb des Parlaments kämpfen wir für den Erhalt und die Erneuerung des Sozialstaates. DIE LINKE wird Vorschläge, Forderungen und Anliegen aus sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bevölkerungskreisen ins Parlament bringen.

Mit vereinten Kräften treten wir nicht nur im Bundestag, in Landtagen und in vielen Kommunalparlamenten für eine politische Alternative ein. Wir sind Bestandteil der sozialen Bewegungen. Wir unterstützen Bürgerbegehren gegen Privatisierungen, gewerkschaftliche Proteste und Streiks gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohnraub, Proteste von Lehrpersonal, Schülerinnen und Schüler und Eltern für bessere Schulen, Studierendenproteste gegen Studiengebühren und vieles mehr.

Fachliche Anhänge

Drogenpolitik: Für rationale und humane Veränderungen!

Die gegenwärtige Drogenpolitik schafft eine Vielzahl von Problemen:

- Das materielle und psychische Elend von Drogenkranken ist nicht nur in Ballungsräumen sichtbar und die Zahl der Drogentoten ist wieder gestiegen. Dies ist zu einem erheblichen Teil auch die Folge einer verfehlten Drogen- und Repressionspolitik der Landesregierung.

- Die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem nachvollziehbaren Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nur selten vom Drogenkonsum abhalten können. Stattdessen wird durch die Prohibitionspolitik (Verbotspolitik) ein illegaler Wirtschaftszweig befördert. Die Alkohol-Prohibition in den USA von 1919 bis 1933 ist hierfür ein abschreckendes Beispiel.

- Die derzeitige Kriminalisierung von Drogen konsumierenden Menschen schafft durch Zerstörung von Lebensläufen, Vertrauensverhältnissen, Freundschaften und Familien mehr Probleme, als sie vorgibt zu lösen!

Eine Drogenpolitik, die den Vorgaben von Vernunft und Humanität folgen will, wird für Menschen mit problematischen Konsummustern (im Sinne von Abhängigkeit und Krankheit), letztendlich nur durch eine enge Verbindung von Prävention durch glaubhafte und sachgerechte Aufklärung, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und weiteren Gesundheitshilfen für Drogenkranke erfolgreich sein.

Um die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen zu beenden, treten wir für eine Änderung des Betäubungsmittelrechts im Sinne einer deutlichen Liberalisierung ein.

Unser Ziel ist ein humanes und fachlich überzeugendes Konzept, welches abhängigen Betroffenen eine grundsätzliche Perspektive für den Ausstieg aus der Sucht ermöglicht.

Ein wichtiger Unterpunkt der Ausgrenzung von DrogenkonsumentInnen durch Diskriminierung und Kriminalisierung ist die Anwendung des Fahrerlaubnisrechts gegen DrogenkonsumentInnen auch ohne akut berauschte Teilnahme am Straßenverkehr: Seit 1998 wird das Fahrerlaubnisrecht, vor allem gegenüber CannabiskonsumentInnen, zunehmend als »strafrechtliches« Mittel missbraucht: Während Alkohol und andere »harte« Drogen sich im Blut linear auf- und abbauen, baut sich Cannabis in Halbwertzeiten ab, so dass Restwerte auch nach langer Zeit seit dem letzten Konsum noch nachweisbar sind. Dieser Sachverhalt, und schwammige Vorgaben im Fahrerlaubnisrecht führen dazu, dass CannabiskonsumentInnen auch dann mit führerscheinrechtlichen Maßnahmen (MPU, Drogenscreening, Führerscheinentzug) »bestraft« werden, wenn sie nicht unter Rauscheinwirkung am Straßenverkehr teilgenommen haben. Wir werden zu dieser Problematik aufklären, um wissenschaftlich nachvollziehbare THC (psychoaktiver Cannabiswirkstoff)-Grenzwerte für die Anwendung des Fahrerlaubnisrechts zu erreichen.

Daher treten wir ein für:

- die Regelversorgung von so genannten »Schwerstabhängigen« mit Diamorphin/Heroin;
- ausreichende Konsumräume mit hygienischen Bedingungen;
- ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger (!) Behandlungsgrundlage; niedrighschwellige und akzeptanzorientierte Drogenhilfe;
- mehr Finanzmittel des Landes für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und eine deutlich bessere Unterstützung für Nachsorge-Projekte und Selbsthilfegruppen: Entwicklung und Ausbau von Rechts- und Sozialberatung, sowie vor allem Ausbau der Hilfe zur Wiedereingliederung in Beruf und Ausbildung und die Förderung von Arbeitsprojekten;
- Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen durch Festlegung geringer Mengen, bei denen kein Strafverfahren eingeleitet wird;
- nachvollziehbare THC-Grenzwerte auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage für die Teilnahme am Straßenverkehr;
- die Regulierung des derzeitigen völlig »freien« Drogenmarktes durch eine Bundesratsinitiative oder ein hessisches Modellprojekt für Cannabis, welches den Besitz, Erwerb, Anbau und Handel unter Berücksichtigung des Jugendschutzes legalisiert;

■ mittel- und langfristig: die Entwicklung eines Modells von Drogenfachgeschäften, wo dann weitere z. Zt. illegalisierten Substanzen verkauft werden können;

■ Einführung einer Unterrichtseinheit »Genuss- und Rauschmittelkunde« an den hessischen Schulen als Teil einer glaubhaften Prävention durch objektive Aufklärung über mögliche Folgen des Drogenkonsums.

10 Punkte für ein ökologisches Hessen: Mensch, Tier und Natur vor Profit!

1.

- Biologisch dynamischen Ackerbau nach den Richtlinien der Öko-Anbau-Verbände sowie biologisch dynamischen Waldbau fördern.
- Den Raubbau an hessischen Wäldern und deren Privatisierung stoppen.
- Den Anbau von genmanipulierten Pflanzen und Hybridtechnik verhindern.
- Keinen Monokulturanbau, um Biogasanlagen zu betreiben oder Biodiesel zu erzeugen
- Die Artenvielfalt erhalten
- Die regionale Vermarktung vorantreiben
- Erhalt und Förderung der Streuobstwiesen

2.

- Massentierhaltung zur industriellen Fleischproduktion entgegnetreten
- Artengerechte Tierhaltung fördern
- Trophäenkult mittels des Jagdgesetzes unterbinden
- Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung der Haustiere auf solidarischer Basis
- Unnötige Tierversuche, insbesondere zum Test kosmetischer Produkte verbieten

3.

- Kochs Innovationsverweigerung bezüglich erneuerbarer Energien beenden
- Solardächer und Wärmedämmung an Fassaden mit vollständiger Vorfinanzierungsmöglichkeit und Tilgung aus Ertrag und Kostenersparnis
- Null-Energie-Häuser und Plus-Energie-Häuser
- Ein kernenergiefreies Hessen verwirklichen
- Biblis A sofort stilllegen
- In erneuerbare Energien und Energieeinsparprogramme investieren, um klimaschädliche CO₂-Emissionen zu senken
- Energieeffizienzsteigerungen erforschen
- Den Bau des Steinkohlekraftwerksblocks Staudinger VI in Großkrotzenburg stoppen
- Regenerations-Energieträger sowie Kraft-Wärme-Koppelungen in öffentlichen Gebäuden des Landes Hessen umfassend einbauen
- Pilotprojekte zur Senkung des CO₂-Ausstoßes finanziell fördern
- Ressourcenschutz statt Wegwerfkultur, durch Sekundärrohstoffgewinnung bei intensiverer Mülltrennung

4.

- Kein weiterer Ausbau von Regionalflughäfen wie Kassel-Calden
- Für das Nachflugverbot
- Gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens
- Gegen die Subventionierung und gegen die Steuerbefreiung des Flugverkehrs
- Ausbau von Bus und Bahn statt weiterer Straßenausbau
- Für ein BürgerInnen ticket unter pauschaler Umlegung der Fahrpreise mit Härtefallregelung, nach dem Vorbild des Semestertickets für Studenten
- Ausbau des Schienengüterverkehrs
- Förderung von Forschung und Entwicklung alternativer Antriebssysteme für Pkws, Lkws, Busse und Motorräder

5.

- Feuchtbiotope sowie Erholungs- und Grünflächen vor allem in Wohnbereichsnähe und Innenstädten ausbauen
- Optimierung des Naturschutzgesetzes
- Wiederherstellung der Landschaftsschutzgebiete wie z. B. Taunus und Westerwald
- Ausweisung der von der EU geforderten »Natur 200 Gebiete« und Einrichtung von Nationalparks

6.

- Ausrüstung hessischer Kläranlagen mit einer Nachklärstufe zur Abtötung von Bakterien zur Verbesserung der Wasserqualität unserer Flüsse und Bächen, um Badewasserqualität zu erreichen

7.

- Untersuchungsprogramm zur Luftschadstoffbelastung öffentlicher Gebäude, insbesondere Schulen bezüglich der Ausdunstung gesundheitsschädlicher Stoffe aus Baumaterialien wie z. B. PCB

8.

- Den Umweltschutz in der hessischen Verfassung konkretisieren, auch gegen die Interessen der Großkonzerne

9.

- Anlegung naturnaher Auen und Überschwemmungspolder um Spitzenwerte von Hochwasserwellen zu senken
- Keine Bebauung von Überschwemmungsgebieten
- Die Fluss- und Bachläufe müssen zum Hochwasserschutz wieder in den Ursprungszustand zurückversetzt werden. Flussbegradigungen müssen zurückgebaut werden.

10.

- Kochs Betonpolitik und die Zerstörung unserer Lebensgrundlage für den Profit stoppen!
- Der fortschreitenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Versorgungsbetriebe entgegenzutreten und rekommunalisieren
- Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum

